

N i e d e r s c h r i f t

**der 52. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
26.02.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 17:35 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 14:52 Uhr - 17:48 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	Teilnahme bis 19:15 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 15:46 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:05 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:06 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Teilnahme ab 14:21 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	Teilnahme ab 14:46 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 15:35 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:50 Uhr

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 52. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für den gesamten Tagesordnungspunkt der Einwohnerfragestunde ein Wortprotokoll erstellt.

Frau Melanie Grießer zur Schließung von Medienstudiengängen an der MLU

Frau Grießer

Hallo, die Frage ist jetzt nicht zum Hochwasserschutz. Mein Name ist Melanie Grießer, ich bin Studentin der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der MLU Halle. Ich bin mit ein paar Kommilitonen heute hier, wegen dem Dringlichkeitsantrag von dem wir gehört haben, damit sich der Stadtrat eventuell mit der drohenden Schließung der Medienfächer an der MLU beschäftigt.

Erst mal vielen Dank an die Fraktionen, die den Antrag eingebracht haben. Wir fänden eine Behandlung und zwar so ausführlich wie möglich, also auch tatsächlich gerne in diesem umfangreichen Dringlichkeitsantrag sehr wichtig und auch die klare Bekenntnis zum Medienstandort Halle und den Medienstudiengängen an der MLU.

Der Plan der Universität, die Medienstudiengänge zu schließen, beruht nicht auf gründlich überlegten inhaltlichen Abwägungen, sondern auf rein praktischen Überlegungen, weil alle unsere Professoren spätestens nächstes Jahr in den Ruhestand gehen und dann erscheint es einfach dort sehr praktisch, die Fächer abzuwickeln. Begonnen mit einem Immatrikulationsstopp, der am 12.03. im Senat der Universität behandelt wird.

Wenn die Stadt ein Interesse daran hat, am Medienstandort Halle, der ja untrennbar mit den Medienstudiengängen verknüpft ist, bitten wir die Stadträte sehr darum, sich ausführlich mit dem Thema zu beschäftigen.

In Leipzig zum Beispiel hat sich der Stadtrat, bis auf eine Fraktion, komplett gegen die Kürzungen von konkret drei Fächern ausgesprochen. Und wir finden auch, dass sich der Stadtrat da nicht heraushalten muss.

Meine Frage an den Herrn Oberbürgermeister. Herr Wiegand, welchen Ausgang der Abstimmung im universitären Senat wäre Ihrer Meinung nach förderlicher für die Entwicklung der Stadt Halle?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Grießer, erst mal herzlichen Dank für die Frage.

Ich glaube, diese Frage ist so eindeutig gestellt, dass vom Oberbürgermeister nur in eine Richtung geantwortet werden kann.

Ich denke wir sind uns da einig, dass der Studiengang für die Stadt sehr, sehr wichtig ist. Wir haben heute diesen Dringlichkeitsantrag vorliegen. Wir haben das gestern auch sehr ausführlich im MMZ auch besprochen. Ihr Hochschullehrer Lampe war ja auch dort. Wir haben uns da verständigt, wie wir auch weiter vorgehen.

Sie wissen auch, dass das eine Selbstverwaltungsangelegenheit zunächst mal der Hochschule ist. Das ist Selbstverwaltungsrecht.

Und Sie wissen und Sie haben ja möglicherweise auch gehört, wie die Abstimmungen im Vorfeld der nächsten Gremienbeschlüsse in der Hochschule avisiert sind. Ich denke, die kennen Sie und ich denke, da sind wir beide auf einer gleichen Seite. Und ich halte es für ganz wichtig, dass dieser erste Gremienbeschluss dann erst mal auch getroffen wird. Und nach meinen Informationen muss man sehen, wie die Abstimmung dann auch läuft. Nach meinen Informationen ist es ein positives Votum für den Weiterbetrieb dieser Studiengänge. Und insoweit sehe ich momentan sehr optimistisch für Ihr Belang, für Ihre Frage dann auch in die Zukunft.

Frau Grießer

O.k. Dankeschön.

Herr Hartmut Kreidel zur S-Bahn-Station Rosengarten

Herr Kreidel

Mein Name ist Hartmut Kreidel. Ich bin vom Vorstand der Siedlergemeinschaft Rosengarten und hatte in der letzten Stadtratssitzung am 29. Januar schon einmal die Anfrage zur Verkehrsstation Rosengarten gestellt, aber noch keine Antwort bekommen.

Ich wollte deswegen nochmal die Anfrage erneuern, inwieweit es der Stadt Halle im Zusammenwirken mit der NASA gelingt, die Deutsche Bahn, in dem Fall Station und Service, zu einer provisorischen Wiederinbetriebnahme des S-Bahn-Haltes, Bahnsteig 2 zu veranlassen, da diese zur Zeit geltende Rufbusregelung für uns nicht praktikabel und auch für diese mobile Umsteigebeziehung von der HAVAG zur S-Bahn nicht praktikabel ist.

Unseres Erachtens wäre eine Zwischenlösung möglich, die man auf der Grundlage einer provisorischen Inbetriebnahme machen könnte. Eine Zwischenlösung für die erforderliche S-Bahn-Zuglänge von etwa 60 bis maximal 70 Meter müsste dort ein Provisorium geschaffen werden können.

Und wir haben am 17. März unsere Einwohnerversammlung und möchten deswegen bis zu diesem Termin gern eine verbindliche Aussage der Stadt Halle.

Danke.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Besten Dank.

Der Termin mit der Deutschen Bahn ist verabredet. Der ist für den 12. März verabredet. Weil, natürlich andere Kollegen auch gewisse Vorlaufzeiten haben. Es sind mehrere Kollegen aus dem Bereich der Deutschen Bahn mit eingeladen. Wir sitzen am 12. März. Um sowohl das Thema Haltepunkt Rosengarten und Zwischenlösung, als auch sicherlich den heute hier eingebrachten Dringlichkeitsantrag der SPD zum Thema Zukunft der Brücke und der Breite der Brücke zu behandeln.

Wenn Sie am 17. März die entsprechende Sitzung haben, hoffen wir, dass wir die Kontaktdaten von Ihnen haben. Wenn nicht, wäre es gut, diese über die Geschäftsstelle Stadtrat nochmal zu kriegen. Dass Sie auch eine Information kriegen, dass Sie am 17. auskunftsfähig sind.

Herr Kreidel

Danke, Herr Stäglin.

Herr Wolfgang Kupke zu Haltestellenbänken

Herr Kupke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren.

Ich kann schlecht stehen, deshalb habe ich mir hier so einen Stock angeschafft. Wenn man hier draufdrückt, dann kann man sich anlehnen. Und deshalb komme ich nämlich. Nicht dass alle solche Stöcke bekommen, sondern dass an alle Haltestellen der HAVAG endlich eine Bank hinkommt.

Der Oberbürgermeister hat sich dazu bekannt, zu diesem Programm. Es sind auch im vorigen Jahr 20 Bänke aufgestellt worden. Manche haben sie vielleicht gesehen, das sind diese roten Metallbänke. Vor allem in Dölau sieht man die und auch wo anders. Kosten 500 Euro etwa pro Stück.

Und in diesem Jahr sollen laut Pressesprecher etwa zehn aufgestellt werden. Da aber sage und schreibe noch 200 Haltestellen etwa ohne Bänke sind, ist das ein Tempo, das können sie sich ausrechnen, da sind die ersten verrostet, wenn die letzten aufgestellt werden.

Deshalb bitte ich darum, dass man kreativ aktiv wird und andere Bänke, die billiger sind, so wie sie die DDR zu tausenden aufgestellt hat, mit Beton und drei Bohlen, aufstellt. Den Leuten, die so wie ich schlecht stehen können, dem ist das Wurst, ob die Bänke rot, grün, blau sind. Die wollen sich setzen. Und deshalb, es könnten auch viele Bänke umgesetzt werden, die ungenutzt sind.

Deshalb meine Frage, Herr Oberbürgermeister, sehen Sie Möglichkeiten, dieses Programm zu beschleunigen und dass da kreativ herangegangen wird?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Ja, Herr Kupke besten Dank.

Ich finde auch gut, dass Sie fortlaufend das Thema bewegen. Sie haben es ja schon seit mehreren Jahren als Thema und ich stimme Ihnen einfach zu. Ziel muss sein, dass die Haltestellen im Stadtgebiet eine entsprechende Bank haben.

Wir haben in den letzten Jahren schon einiges geschafft und da sind wir genauso vorgegangen, wie Sie es gesagt haben. Was sinnvoll wäre, nämlich zu gucken, haben wir im städtischen Eigentum, auf städtischen Grundstücken noch Bänke, die wir umstellen können. Das ist auch erfolgt. Da sind sozusagen gerade von Abbruchobjekten Bänke mal umgestellt worden, um hier schnelle Lösungen zu schaffen.

Und gleichzeitig haben wir mit der HAVAG, dem Behinderten- und der Seniorenbeauftragten abgestimmt, wie die neu zu kaufenden Bänke - nicht aussehen sollen, da geht es nicht originär um Farbe -, sondern da geht es um Sitzhöhe. Und die Frage ist schon entscheidend, weil gerade die, ich sage mal, die Behinderten- und Seniorenverbände, auch unterschiedliche Höhen wünschen.

Und ich kenne ja nun aus eigener Erfahrung, dass zwei, drei Zentimeter schon vieles ausmachen können. Das heißt also, wir haben uns verständigt auf einen Banktyp der gekauft wird. In diesem Jahr sollen 20 Bänke aus Mitteln neu gekauft werden.

Und Sie haben ja auch einen Bürgerhaushaltsvorschlag eingebracht, den ich dann in den entsprechenden Fachausschuss bringe. Der ist noch nicht unterschrieben, weil ich in die Verwaltung nochmal den Wunsch gegeben habe, lässt sich das noch beschleunigen. Das heißt, wir werden gucken, inwieweit wir es beschleunigen können.

Eine Ergänzung möchte ich doch noch machen. Wir gehen nach Prioritäten vor. Und wir haben begrenzte Mittel. Und wir arbeiten zuerst die Prioritäten der Haltestellen ab, mit über 200 Einsteigern. Das haben wir auch so gut wie geschafft. So dass wir Stück für Stück vorgehen und natürlich, wenn wir null bis neun Einsteiger haben, dann ist es eine Kategorie, wo man sagt, o.k. die letzten 36. Das macht man dann wirklich, wenn die Mittel klar frei zur Verfügung sind.

Erst mal ist glaube ich wichtig, die mit den höchsten Anteilen wirklich zu versorgen.

Herr Kupke

Gut, erst mal danke.

Frau Katrin Moeller zum Stand der Weiterentwicklung Hochwasserschutz

Frau Moeller

Guten Tag. Ich vertrete nicht nur mich selber, sondern auch die Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt.

Und wir hatten mit Herrn Wiegand freundlicherweise im letzten Juli schon ein Gespräch, wo er uns auf skeptische Nachfragen mehrfach versichert hat, es würde aus der Hochwasserhilfe präventive, neue präventive Maßnahmen geben können. Wir sollten uns nur mal genau informieren.

Das haben wir mittlerweile sehr intensiv getan. Sowohl hier in der Stadt, wie auch bei der Investitionsbank etc. Leider gibt es jedoch keine Möglichkeiten, präventive Maßnahmen für Bürger zu beantragen.

Da wir sehen, dass die Hochwasserkatastrophen zunehmen und die Hochwasserstände, und hier in der Stadt ja auch Maßnahmen getroffen werden, die für die Altstadt die Hochwasser-situation noch verschärfen werden, möchte ich Sie gerne fragen, was machen Sie, um solche präventiven Maßnahmen für die Altstadt und für private Bürger zu ermöglichen und wie machen Sie Ihre Worte wahr?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Moeller, wir haben gestern mit dem Staatsminister zusammen gesessen. Er hat gesagt, es gibt ein kommunales Hochwasserschutzprogramm. Das wird vom Land aufgelegt, um genau diese Fälle, die Sie angesprochen haben, auch zu regeln. Das heißt, es wird dann möglicherweise Mittel geben, wo wir dann überlegen müssen, in welchen Bereichen wir eingreifen.

Momentan, das wissen Sie, ist das Land dabei, die Umsetzung des Gimritzer Dammes vorzubereiten und dann auch zu entscheiden. Diese Entscheidung ist in wenigen Wochen dann auch entscheidungsreif. Genau wie die Zeitlinie, wie wir es im November signalisiert bekommen haben von Seiten des Landes.

Die Modellierungen der einzelnen unterschiedlichen Höhen sind so vorangeschritten, dass deutlich wird, dass es also keine höheren Pegelstände in der Altstadt oder auch im Bereich der Hafestraße geben wird.

Aber gleichwohl, und da stimme ich Ihnen zu, und deshalb hat Herr Johannemann Sie auch eingeladen und er lädt Sie auch nochmal zu einem Gespräch ein, um Einzelmaßnahmen mit Ihnen und dann auch als Grundstücksbesitzer zu besprechen.

Aber ich muss Ihnen an der Stelle nochmal deutlich machen, Hochwasserschutz ist zunächst mal Eigentumsposition derjenigen, desjenigen, der das Grundstück erworben hat und dann auch sehen muss, dass er zunächst mal für den Schutz sorgt.

Aber, und das hatte ich Ihnen damals auch schon gesagt, wir werden, wenn der Gimritzer Damm steht, gemeinsam mit dem Land und dann auch mit dem neuen Programm versuchen, so optimal aus der kommunalen Unterstützung Sie dann auf diesem Weg zu begleiten. Und den Hochwasserschutz für Ihr Grundstück, für Ihr Gebiet dann auch weiter zu optimieren. Diesbezüglich wird es auch Pläne geben. Aber wir haben deutlich das Signal, erst Gimritzer Damm und dann die anderen Dinge. Und jetzt parallel dazu das kommunale Unterstützungsprogramm von Seiten des Landes.

Frau Peggy Rarrasch zum länderübergreifenden Hochwasserschutzkonzept

Frau Rarrasch

Guten Tag, Peggy Rarrasch, in der Hafestraße ansässig, mit einem Pflegedienst ambulant. Wir mussten umziehen, wir sind komplett überschwemmt worden.

Einige der Fragen sind jetzt eben schon beantwortet worden. Haben sie ja sicherlich auf dem Zettel. Mich würde es wirklich interessieren, vielleicht kann man das auch schriftlich beantworten, weiß ich nicht ob das möglich ist.

Inwieweit ein länderübergreifendes Konzept zum Hochwasserschutz seitens der Stadt, seitens des Landes schon initiiert ist? Wie weit das schon in Planung ist?

Das ist für uns, was uns interessieren würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das Hochwasserschutzkonzept des Landes, auch länderübergreifend, ist in Planung. Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz hat insgesamt das Personal aufgestockt, um genau diesen Fragen auch nachzugehen.

Mein Vorschlag ist, wir fragen dort nach und dann kriegen Sie den aktuellen Stand und ich würde Sie dann schriftlich darüber unterrichten und dann sind Sie auf dem aktuellen Stand.

Frau Rarrasch

Dankeschön.

Frau Johanna Veith zum Hochwasserschutz

Frau Veith

Schönen guten Tag. Ich bin ebenfalls von der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt und meine konkrete Frage wäre jetzt.

Wie viel Personen sind in der Stadtverwaltung mit der Planung und Realisierung der verschiedenen Standorte der Eissporthalle beschäftigt?

Nach meinen Einkünften und nach Aussagen der Stadtverwaltung sind es gerade mal zwei Personen, die sich neben anderen Aufgaben, auch dem Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle widmen.

Sind das nicht ein bisschen wenig?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Wir haben den Bereich Umwelt, da gibt es die Kollegen der Unteren Wasserbehörde und dort wird federführend auch das Thema Hochwasserschutzkonzeption bearbeitet.

Und es gibt, das war ja auch mit dem Hochwasserbericht als er unterbreitet wurde, mitgeteilt worden, eine Arbeitsgruppe. Die tagt regelmäßig. Da sind andere Fachkollegen auch der betroffenen Bereiche der Verwaltung dabei.

Das heißt, das ist das Gremium, was die Erarbeitung mit unterstützt.

Und ich denke, man kann jetzt keinen Zusammenhang mit der Hochwasserschutzkonzeption auf der einen Seite und der Planung von der Bearbeitung von Fluthilfeanträgen stellen. Weil natürlich das auch zum Geschäft der Verwaltung gehört, hier entsprechende Anträge vorzubereiten. Da sind Kolleginnen und Kollegen im Fachbereich Planen mit drin, jeweils auch mit der unterschiedlichen Kompetenz, dass man nicht sagen kann, das sind jetzt drei Leute, die alleine das machen.

Das ist ja auch ein Prozess und das ist die Tabelle, die wir hier heute auch in der Vorlage zur Eissporthalle haben, mit 19 Standorten. Da tragen die verschiedenen Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Fachkompetenz was mit bei. Deswegen sind es natürlich Themen, die insgesamt bearbeitet werden und man nicht sagen kann, das sind jetzt zwei Leute, die dieses bearbeiten und die könnte man an einer anderen Stelle einsetzen für die Hochwasserschutzkonzeption.

Frau Veith

Vielen Dank.

Herr Dr. Udo Schumann zur Lage des neuen Gimritzer Damms

Herr Dr. Schumann

Sehr geehrter Herr Dr. Wiegand, sehr geehrte Stadträte.

Ich habe eine Frage zum Standort der Eissporthalle beziehungsweise zur Lage des neuen Gimritzer Damms.

Der LHW hat gemäß Pressemitteilung des Umweltministeriums des Landes vom 18.12. auf Vorschlag der Stadt Halle den Verlauf des neuen Gimritzer Damms in etwa auf den Verlauf der Fahrbahn der ehemaligen Halle-Saale-Schleife gelegt. Und damit diese Retentionsfläche beseitigt.

In den Leitlinien für den zukunftsweisenden Hochwasserschutz unseres Landes, die vom Umweltministerium unterschrieben worden sind 1995 und nachzulesen auf der www.lawa.de Seite. Ich zitiere: „Wenn die natürlichen Überflutungsräume nicht erhalten werden, läuft das Hochwasser stromab schneller und höher auf. Jede Kommune, die aus diesem Grund von den Oberliegern zu recht das Freihalten von Überflutungsflächen fordert, muss in der eigenen Gemarkung damit anfangen.“ Ende des Zitates.

Deshalb die Frage nicht nur an die Stadtverwaltung, sondern auch an alle Stadträte, wie begründen Sie politisch gegenüber Vertretern der Kommunen, die flussaufwärts von Halle liegen, den Verlust der Retentionsfläche an der Eissporthalle beziehungsweise die potentielle Vergrößerung der Retentionsfläche durch den Neubau der Eissporthalle an anderer Stelle, wenn Sie gleichzeitig Retentionsflächen auf den Gemarkungen der flussaufwärts liegenden Anrainerkommunen fordern, um die Hochwasserwelle in der Stadt Halle zu minimieren oder zu verringern?

Warum geht die Stadt nicht beispielhaft voran? Denn jede noch so kleine Retentionsfläche hilft unserer Stadt bei einem zukünftigen Hochwasser.
Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Schumann, die Darstellung die Sie gemacht haben ist nicht die Intention und auch nicht die Absichtserklärung des Landes. Das Land hat sich diesbezüglich klar positioniert, auch in dieser Situation. Sie wissen, es wird, ich habe es eben ausgeführt, auf Grund von Modellierungen festgestellt, keine höheren Wasser- und Pegelstände geben. Und das Land hat sich diesbezüglich klar bekannt und die Linie auch so bestätigt.

Mein Vorschlag, ich würde die Frage weiterleiten. Die Stadt ist dafür nicht zuständig. Aber hier gibt es eine klare Äußerung des Landes zu dieser Frage, in dem Sinne, wie ich Sie Ihnen eben erklärt habe.

Herr Dr. Schumann

Dankeschön.

Herr Christian List zum Hochwasserschutz

Herr List

Schönen guten Tag, meine Name ist Christian List und ich habe auch eine Frage an den Herrn Oberbürgermeister, an Herrn Dr. Wiegand. Und zwar, wie Sie eben auch schon erwähnten, möchte ich mich auf die Modellberechnung beziehen.

Dazu eine kurze Einleitung für meine Frage. Auf der Seite der Faninitiative des Eissport-hallenneubaus am Gimritzer Damm ist zu lesen, ich zitiere: „Der geplante Verlauf des Hochwasserschutzdammes entlang der Halle-Saale-Schleife sowie eine Niveauanhebung der neuen Eishalle würden dem Standort auch vor zukünftigen Extremfluten schützen. Die Bedenken bezüglich negativer Konsequenzen eines erneuten Saalehochwassers für die Altstadt nehmen sowohl Fans als auch Verantwortliche sehr ernst. Die bisherigen Modelle bestätigen jedoch die Ansicht vieler, dass der neue Damm nur marginale Auswirkungen auf den Hochwasserpegel in Halles Altstadt haben würde.“

Nun ist es doch aber so, alle Modelle bezüglich der Auswirkung auf den Hochwasserpegel in Altstadtbereichen beziehen sich lediglich auf ein Jahrhunderthochwasser. Also auf die HQ100-Linie. Es wird nicht in Betracht gezogen, was passiert bei einem Hochwasser, wie es letztes Jahr stattfand. Diese Aussagen sind in den Planungsunterlagen nicht zu finden. Es ist also keine fundierte Grundlage dafür, zu sagen, es gäbe für den Altstadtbereich keine anderen Auswirkungen bei Extremfluten, wie zum Beispiel dieser aus dem letzten Jahr.

Meine Frage ist, warum lässt die Stadt Einwohner und Fans des Eissports im Glauben, dass dies so wäre und verhärtet somit die Fronten zwischen den Bürgern dieser Stadt?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr List, wir lassen das nicht glauben, sondern die Gutachten, die Sie eben zitiert haben, belegen das. Das Land hat das klar belegt und hat deutlich gemacht. Ansonsten würde das Land diese Planungen, so an dieser Stelle nicht durchführen. Und von daher ist das die Vorzugsvariante des Landes.

Ich kann auch hier nur anbieten, Ihre Frage weiterzuleiten. Sie wissen, die Stadt ist dafür nicht zuständig und von daher leite ich Ihre Frage weiter. Aber meine Antwort haben Sie damit bekommen.

Und einen Satz bitte erlauben Sie mir noch. Was auf den Homepage von Vereinen oder ähnliches steht, das kann ich nicht beeinflussen, möchte ich auch gar nicht. Und von daher, nehmen Sie es mir nicht übel, dass das eine Stellungnahme natürlich des Vereins ist.

Herr List

Dazu hätte ich auch noch eine kurze Anmerkung. Eindeutig in den Planungsunterlagen steht ja fest, dass die Auswirkungen für ein Jahrhunderthochwasser in Betracht gezogen werden und nur darüber konkrete Aussagen möglich sind anhand dieser Berechnungen. Alle Modelle beziehen sich also nur auf ein Jahrhunderthochwasser mit dem entsprechenden Hochwasserstand. Das mag ich bitte nochmal deutlich herausstellen. Eine Extremflut wird in Bezug auf die Auswirkungen für den Altstadtbereich nicht betrachtet.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Wir lassen das als Anmerkung stehen, danke schön Herr List.

Frau Cornelia Veith zum Standort der künftigen Eissporthalle

Frau Veith

Herr Oberbürgermeister, ich habe ebenfalls eine Frage zum Hochwasserschutz und vor allem zum Standort der künftigen Eissporthalle.

Wir haben eine Besprechung gehabt mit dem Herrn Uhlmann vom LHW und der hatte erwähnt, dass beim Hochwasser 2013 sogar ein Pegelstand von 8,50 Meter erreicht worden wäre, wenn nicht in Zwenkau der Tagebau geflutet worden wäre. Historisch gesehen gab es ja sogar Hochwasserstände von mehr als 10 Metern.

Besteht da nicht die Gefahr, dass eine neue Eissporthalle am alten Standort, genauso wie Neustadt selbst, bei einer Deichhöhe, die jetzt 8,50 Meter vorsieht, gar nicht ausreichend geschützt ist?

Und können Sie unter diesen Umständen es überhaupt verantworten, dann bei einer drohenden Hochwassergefahr einen regulären Betrieb einer Eissporthalle zuzulassen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Veith, das kann ich verantworten, das ist vom Land genau ausmodelliert worden. Auch die Höhe des Dammes. Sie kennen ja die Internetseite des Landes. Dort wird es auch dargestellt.

Darüber hinaus haben wir die Möglichkeiten, weitere Höhen auch mit Sandsäcken dann zu verbauen. Das heißt, wir liegen jetzt mit der geplanten Höhe 15 cm über dem Hochwasser von 2013. Aber Sie haben Recht, eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Dann bedeutet das auch für Halle-Neustadt, dass dieser gesamte Bereich der Überflutungswahrscheinlichkeit dann auch evakuiert werden muss.

Wir gehen davon aus, dass ein solches Hochwasser diesbezüglich dann auch kontrollierbar wäre. Der Deich wird extra speziell auch diesbezüglich gebaut, um diesen Druck dann auch standzuhalten. Das ist auch nicht an allen Stellen üblich. Auch diese Form, die gewählt wurde.

Und von daher kann man nur sagen, eine absolute Sicherheit gibt es niemals. Aber der Betrieb der Eissporthalle, auch mit den Veränderungen, die gestern im Planungsausschuss, also mit dem Herausheben der Eissporthalle, da ist ein Betrieb nicht gefährdet.

Frau Veith

Danke sehr.

Frau Gabriele Sbiegay zum Neubau Gimritzer Damm

Frau Sbiegay

Wunderschönen guten Tag. Ich habe nur eine Frage wegen des Hochwassers. Und zwar, warum wird die Vorverlegung des Deiches auf den Gimritzer Damm gemacht? Und warum wird der alte Damm nicht rekonstruiert?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Veränderungen, das ist jahrelang diskutiert worden, dass der alte Gimritzer Damm diesbezüglich überhaupt nicht geeignet ist. Er müsste vollkommen gehoben werden, ausgehoben werden und müsste auch insgesamt neu dargestellt werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind insgesamt sieben Versorgungsleitungen und eine sehr große Gasleitung drin, in dem Gimritzer Damm. Das wäre heute gar nicht mehr zulässig, so etwas zu bauen. Und von daher hat man sich entschieden, diesen gesamten Bereich nicht anzufassen, um nicht Millionenkosten zusätzlich dann auch noch zu investieren. Darüber hinaus geht es eben darum, dass durch die Schlangenlinie der optimale Schutz, also auch der Druck des Wassers dann wesentlich besser aufgefangen werden kann, als eine ursprünglich gerade Linie.

Frau Sbiekay

Danke.

Herr Helge Rosenkranz zum Hochwasserschutz und Spontanpartys

Herr Rosenkranz

Guten Tag. Mein Name ist Helge Rosenkranz, ich wohne am Sophienhafen. Ich habe zwei Punkte, einmal Hochwasserschutz und Spontanpartys.

Folgende Sache. Die Stadt Halle hat in den letzten Jahren den städtebaulichen Ausbau der Saline gefördert, um ein Zusammenwachsen von Neu- und Altstadt zu fördern. Mit Ihren Worten, Herr Dr. Wiegand, machen Sie jetzt plötzlich den alten Standort der Eissporthalle stark, unterschlagen dabei aber die Gefährdungen etwa für die ca. 500 neuen Bewohner der Saline. Im Bebauungsplan 151 zum Sophienhafen ist festgehalten, dass das Wohngebiet vor schädlichen Einflüssen geschützt werden soll.

Warum fördern Sie jetzt eine gegenteilige Entwicklung, indem Sie den Standort Sophienhafen, der momentan bis zu einem Meter über der Deichkrone des Gimritzer Damms liegt, nun in eine Überschwemmungsfläche umwandeln?

Die zweite Sache wäre, weshalb Sie Spontanpartys mit erheblichen Lärmbelastigungen bis in die frühen Morgenstunden zulassen?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Lassen Sie mich auf den einen Aspekt eingehen, nämlich Thema Bebauungsplan versus Eissporthalle, so würde ich es jetzt mal nennen. Die Standortentscheidung für die Eissporthalle, die wir heute diskutieren, bedeutet nicht, dass es negative Auswirkungen auf den Bereich Sophienhafen gibt.

Wir gehen bei der Standortfindung davon aus, dass die Vorzugsvariante des Landes für die Deichlinie diejenige ist, die umgesetzt wird. Das ist eine Entscheidung, die vor der Variantenuntersuchung für die Eissporthalle getroffen wurde durch das Land, zu sagen, wir nehmen diese Deichlinie und gehen mit der ins Verfahren.

Darauf bauen wir auf und sagen, dann ist der Standort Gimritzer Damm alt für die Eissporthalle geeignet und damit gibt es keine Auswirkung, wenn ich hinter der Deichlinie landseitig baue, auf den Bereich Sophienhafen auf der anderen Seite der Saale.

Wir haben eher noch das Thema, wie wir planungsrechtlich zukünftig mit dem gesamten Bereich der Saline umgehen, aber das ist unabhängig von dem Thema Eissporthalle, so dass da bitte keine Vermischung dieser zwei unterschiedliche gelagerten Themen erfolgt.

Herr Rosenkranz

Kurze Anmerkung. Sie gehen immer von dem Stand HQ100 aus und nicht HQ extrem. Der neue Damm ist aber jetzt HQ extrem, o.k. bitte ich zu beachten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Wir gehen von der Planung des Landes aus und das Land hat, da kann man nur empfehlen die Seite GimritzerDamm.de aufzurufen, hat ja vier Varianten durchgeprüft. Ich finde es unheimlich anschaulich und gut dargestellt, wie die Deichlinie ausgewählt wurde. Und nachdem, was gestern von Kollegen aus der Unteren Wasserbehörde gesagt wurde, ist auch die Frage des Extremhochwassers berechnet worden.

Das können wir gerne nochmal mitnehmen und Ihnen auch eine schriftliche Antwort geben, welche Berechnungen hier wirklich angestellt worden.

Herr Rosenkranz

Entschuldigung, aber Sie sagen, dass der Dammverlauf vorher geplant wurde, bevor das Gebiet am Sophienhafen gestattet wurde?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Eissporthalle.

Herr Rosenkranz

Es ging aber um Sophienhafen.

Zweite Sache, Spontanpartys.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Da würde ich Sie bitten, dass sie die Frage noch mal wiederholen und etwas präzisieren zu den Spontanpartys.

Herr Rosenkranz

Es geht darum, dass auf der Würfelwiese, wie in der Presse ja zu lesen, Sie gerne immer Spontanpartys durchführen lassen wollen. Mit einem Dezibel Obergrenze von 103 Dezibel. Im Flächennutzungsplan vom Sophienhafen steht aber, dass in diesem Bereich eine maximale Lärmemission von 59 Dezibel erlaubt ist. Die 100 Meter bis zur Würfelwiese, 200 Meter, glaube ich nicht, wie Sie das erreichen wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir haben deutlich gemacht, dass es lediglich zu drei oder vier Veranstaltungsbeschwerden insgesamt gekommen ist, bei der Darstellung. Denen sind wir auch nachgegangen. Wir haben das auch überprüft.

Wir sind auch vor Ort mit dem Ordnungsamt bei den einzelnen Spontanpartys. Prüfen also auch gegen. Von daher kann ich dieses nicht so teilen.

Wir sind mitten in der Innenstadt. Sie haben mitten in der Innenstadt auch gebaut und wir sind in einer Stadt, wo auch diese Kultur ganz, ganz wichtig ist. Und deshalb kann ich sagen, das ist eine Angelegenheit, die man in der Stadt, in einer Großstadt noch dazu, ertragen muss.

Wir haben die Möglichkeit hier im Stadtrat, zu sagen, hier im eigenen Wirkungskreis zu sagen, wir nehmen die Würfelwiese insgesamt raus aus diesem Bereich. Die Möglichkeit gibt es. Sie wissen aber auch, dass Grillfeste gefeiert werden. Und der Unterschied zwischen den Spontanpartys, das muss ich auch nochmal deutlich machen, die Begriffsdefinition ist ja auch ganz klar beschrieben.

Aber auch die entsprechenden Grillpartys gehen weit oder tief in die Nacht hinein und es ist momentan noch ein klar bezeichneter Grillplatz der Stadt. So dass also auch hier im Sommer auch mal, wenn das Wetter gut ist, das muss man ja auch so definieren, dass hier sich der Stadtrat dafür entschieden hat, diesen Platz als Grillplatz auszuweisen. Und daraufhin haben wir natürlich auch die Möglichkeit gegeben, auch mal eine Spontanparty durchzuführen.

Und ich halte das in einer Großstadt für angemessen.

Frau Dr. Gaby Nöther-Fleig zum Hochwasserschutz

Frau Nöther-Fleig

Guten Tag, Nöther-Fleig aus der Talstraße, ein Hochwasseropfer.

Die Bewohner der Talstraße fragen, welche Hochwasserschutzmaßnahmen für die Talstraße angedacht sind, weil eine Verlegung des Gimritzer Dammes zur Saale hin zum Wegfall einer fast fünf Hektar großen Überschwemmungsfläche führt und dies rein physikalisch wiederum zu einem Anstieg der Wasserfläche und einer Erhöhung der Strömungsgeschwindigkeit führt?

Sie sagen, Hochwasserschutz der Anlieger ist reine Privatsache, aber nach einer solchen städtischen Maßnahme des Rückzugs, also der Wegnahme einer Retentionsfläche, ist dies meiner Ansicht nach keine reine Privatsache mehr.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Dr. Nöther-Fleig, wir haben ja dieses vorhin schon deutlich gemacht, dass auch hier nicht mit einer Erhöhung der Pegelstände zu rechnen ist.

Und wir haben ja gerade in den letzten Jahren, das war ja der Ausgangspunkt, die Talstraße nach dem Hochwasser 2011, unsere ehemalige Oberbürgermeisterin hat sich da ja immens für eingesetzt und hat dort auch einen besonderen Schutz herbeigeführt und Absprache auch mit den Bürgern diesbezüglich getroffen, die wir auch umgesetzt haben.

Und Sie wissen auch, dass auch hier ein privater Schutz zwingend auch erforderlich ist. Aber das hat mit den Höhen und den Pegelständen im Hinblick auf eine Eissporthalle oder möglicherweise anderen Dingen nichts zu tun. So jedenfalls die wissenschaftlichen Aussagen, die vom Land zu den Gutachtern auch in Auftrag gegeben worden sind.

Frau Christina Weise zum Hochwasserschutz

Frau Weise

Einen schönen guten Tag, guten Tag Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträte. Ich habe eine Frage in Sachen Hochwasserschutz.

Aber zunächst möchte ich, bevor ich meine Frage stelle, hier in dieser Runde nochmals ganz eindringlich appellieren, dass sich alle Stadträte auch fachlich, soweit das möglich ist, mit diesem Thema Hochwasserproblematik und mit diesem neuen Deichverlauf beschäftigen. Hier ist immer mal wieder der Begriff HQ100 gefallen und ich kann ihnen nur sagen, HQ100 ist eine technische Berechnungsgrundlage. Und nach der Planung des neuen Deiches, die sich auf HQ100 bezieht, hat es in der Altstadt kein Hochwasser gegeben. Fakt ist jedoch, dass wir bis zur Nase im Wasser gestanden haben. Deshalb wäre es wichtig, dass sie alle sich dazu ihre eigene Meinung bilden und in der Sache zu einer Entscheidung oder zu einer Meinung kommen.

Das zunächst erst mal als kleiner Appell nochmal an Sie.

Jetzt meine Frage. Im vorläufigen Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle finden sich im Abschnitt Bauvorsorge Ausführungen, dass bzw. wie Eigentümer zu hochwassertechnischen Ertüchtigungen ihrer Häuser beraten werden sollen. Seit Juni 2013 haben viele Eigentümer ihre Häuser wieder instand gesetzt oder sind momentan noch immer dabei. Manche haben noch nicht einmal angefangen.

Wir haben nach Konzepten gesucht, wie wir unsere Häuser hochwassersicherer machen können, mussten teilweise auch sehr schnell reagieren und konnten uns da in diesem Zusammenhang gar nicht umfänglich informieren.

Wenn die Stadt Halle dazu Hinweise ankündigt und möglicherweise hier auch Konzeptionen in Aussicht stellt, dass und wie diese Eigentümer in der Richtung besser handeln können, frage ich einfach mal. Wo finden wir hier diese Informationen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Weise, zunächst mal zu Ihrer allgemeinen Bemerkung. Genau um diese Dinge, die sachliche Information auch im Hinblick auf die gesamte Problematik des neuen Verlaufes des Dammes auch deutlich zu machen, hat ja das Land in eigener Zuständigkeit auch die Hochwasserseite eingerichtet, wo sehr ausführlich diese Problematik dargestellt wird. Das ist auch eine Bitte gewesen, auch im Hinblick auf das Land, dann an alle Bürger des Landes, sich darüber kundig zu machen. Und diese Seite wird auch entsprechend stetig aktualisiert und mit den neuen Vorhaben oder mit den neuen Plänen des Landes dargestellt.

Jeder kann sich da informieren und jeder hat auch die Möglichkeit, diesbezüglich auf die Gutachten, die dort vorliegen, auch zuzugreifen.

Zu Ihrer Frage insgesamt. Wir haben ein sehr umfangreiches Maßnahmenbündel, auch im Hinblick auf Hinweise zu den Bürgern im Bereich des Umweltschutzes erarbeitet. Wie Sie wissen, fängt dieser Maßnahmenplan bereits weit vor dem Hochwasser an, indem wir Informationen an die Grundstückseigentümer geben. Und dann mit den Stufen der jeweiligen Gefahrenabwehrstufe diesbezüglich auch mit den Bürgern in Kontakt sind.

Ungeachtet dessen, wenn Fragen sind im Hinblick darauf, wie schütze ich mein Haus, ist das eine gute Anregung. Die nehmen wir auch gern mit. Und wenn jemand beraten werden möchte, dann kommen wir auch gern vor Ort und beraten, was im Einzelnen dann für das jeweilige Grundstück getan werden kann.

Deshalb vielen Dank für die Anregung. Wir würden dann auch vor Ort kommen und könnten dann einige Anregungen mit Sicherheit von unseren Experten ausgeben.

Frau Weise

Vielen Dank dafür zunächst.

Kurze Rückfrage noch. Wer genau wäre denn dann ein Ansprechpartner in Ihrer Verwaltung?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das wäre im Fachbereich Umwelt der Herr Johannemann. Ich habe ja Ihre Adresse hier. Er würde Sie, das wäre mein Vorschlag, er lädt Sie ein und Sie können da nochmal deutlich machen, wie Sie insgesamt diese Information wünschen.

Frau Weise

Dankeschön

Herr Karl-Heinz Bottin zum Hochwasserschutz

Herr Bottin

Guten Tag, Herr Oberbürgermeister, Damen und Herren Abgeordnete.

Da in dieser Runde schon sehr viel über den Hochwasserschutz diskutiert wurde, klingen meine Fragen natürlich jetzt als Wiederholung.

Aber trotzdem nochmal. Nach einer Aussage im Wochenspiegel durch Herrn Burkhard Henning, dem Leiter des LHW, hat er dort sich dahingehend geäußert, dass im Oberlauf der Saale und den tangierenden Zuflüssen bereits in erheblichem Maße Retentionsflächen eingeschränkt worden sind.

Und daraus ergibt sich die Frage, welche Einflussnahme kann die Stadt Halle ausüben, um diesen weiteren Einschränkungen im Oberlauf entgegen zu wirken?

Das kann unter Umständen natürlich sei, dass das über Sachsen-Anhalt hinausreicht, nach Thüringen rein.

Die andere Frage schließt sich dann gleich an. Warum wird unter diesem Aspekt dann die Retentionsfläche im Bereich Altstadt, Klausvorstadt auch noch weiter eingeschränkt durch die Deichrückverlegung?

Ich muss es mal ein bisschen polemisch sagen, Sie berufen sich ständig auf die Ausführungen des Landes und auf die Projektierung. Aber ich muss es mal scherzhaft sagen, man kann dem Land hier an und für sich nur zu seiner hellseherischen Fähigkeit gratulieren. Die Behauptung, das Hochwasser wird nie höher sein, als das von 2013 ist doch wahrscheinlich etwas sehr weit her gegriffen.

Und die andere Frage ist, muss denn unbedingt die Eissporthalle an derselben Stelle errichtet werden?

Der Dammverlauf, der neue, schränkt ja die Retentionsfläche ein und die Frage ist, gibt es bautechnisch andere Möglichkeiten, den alten Damm zu ertüchtigen, ohne ihn abzureißen? Ist zum Beispiel bautechnisch die Variante der Spundwände betrachtet worden?

Das ist ja eine Frage, die man auch kostenmäßig abgleichen muss.

Was ergibt sich aus dem Neubau des Dammes für Kosten und welche Kosten würden sich ergeben aus Spundwandvariante?

Leider hat man damals in diesen Damm Leitungen reingelegt. Das würde man heute nicht mehr machen. Aber das brauche ich nicht weiter ausführen, das ist bekannt.

Recht schönen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bottin, alle Varianten sind umfänglich bereits ab dem Jahr 2011, gemeinsam auch mit der Stadt, geprüft wurden. Diese Variantendiskussion, das ist schon in der Diskussion deutlich gewesen, wie ich es vorhin auch dargestellt hatte, dass einvernehmlich diese Variante des Landes die optimalste ist. Und von daher sind alle anderen Varianten dann auch verwiesen worden.

Die Landesüberprüfung hat das explizit deutlich gemacht. Und Frau Szabados als frühere Oberbürgermeisterin hat das ebenfalls auch so gesehen. Wir können momentan, ich habe es vorhin dargestellt, am alten Gimritzer Damm können wir keine Veränderungen aus den Gründen der Leitungen und auf Grund der Instabilität vornehmen. Dieses wäre ein immenser Eingriff.

Und es wäre eine zusätzliche Ausgabe, die wir letztendlich insgesamt nicht tragen können, weil es eine immense Leitungsumlegung und ein Anfassen eines geschützten Dammes dann auch bedeuten würde.

Das was Sie gefragt haben und was Herr Henning in den Wochenendausgaben der Medien dargestellt hat, habe ich anders gelesen. Er hat deutlich gemacht, dass dies deutlich die Vorzugsvariante ist, was in den letzten Tagen auch nochmals vom Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde so bestätigt wurde.

Ich kann jetzt dieses, was Sie als spezielle Frage rein gegeben haben, nur mitnehmen und an das Land weiter reichen. Und dann bitten, dass Sie dann diesbezüglich eine Antwort nochmals bekommen.

Aber die Frage, die Sie hier aufgeworfen haben, das muss ich auch deutlich sagen, die Frage, die Sie aufgeworfen haben, ist auf der Landesseite im Internet auch klar behandelt worden. Und diesbezüglich gibt es da eine Darstellung.

Und ich muss auch deutlich sagen, auch in der geballten Kraft wie insgesamt auch die Bürgerinitiative Hochwasserschutz auch hier auftritt, ich kann das alles gut nachvollziehen. Aber genau das hat von 2011 bis 2013 dazu geführt, dass wir nicht während dieser Zeit schon die Schutzmaßnahmen dann in Gang bringen konnten. Und es war wirklich nur ein Hauch, dass es zu einer Katastrophe 2013 gekommen wäre.

Wir werden ja heute auch eine Auszeichnung der Fluthelfer vornehmen, die insgesamt diese Situation, die sie eben darstellen, im Hinblick darauf, wir haben keine Möglichkeit mehr, weiter zu verzögern. Und das Land wird dann auch diesbezüglich eine entsprechende Entscheidung treffen.

Herr Bottin

Dankeschön.

Herr Andreas Wienke zum Hochwasserschutzkonzept

Herr Wienke

Schönen guten Tag. Als Betroffener des Hochwassers und Mitglied der Interessengemeinschaft Hochwasserschutz Altstadt war ich sehr erfreut, als ich vor wenigen Tagen im Internet das Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle gefunden habe, also als Entwurf.

Es entsteht natürlich für mich die Frage, wenn in diesem Konzept drin stehe, dass die Stadt Halle Hochwasserräume freihalten will von Bebauung, warum gerade mit dieser großen Investition in die Eissporthalle, wo die einmalige Chance besteht, jetzt einen neuen Standort zu wählen, hochwassersicher zu bauen und einen Fehler, den man vielleicht vor 50 Jahren begangen hat, zu korrigieren?

Warum man gegen dieses Konzept, das eigene Konzept verstoßen will?

Wozu haben wir dann ein solches Konzept?

Und wenn ich das noch ergänzen darf. Es wird hier immer so suggeriert, dass der Deichverlauf schon feststeht. Damit greifen Sie aber den Gegebenheiten vor. Sondern es gibt Planungen dazu. Das Landesverwaltungsamt hat noch keine Entscheidung getroffen. Es wird dazu eine Anhörung geben in nächster Zeit. Es gibt etwa 60 bis 100 Einwände dagegen. Und warum wollen Sie das Risiko eingehen, dass da ein ewiges juristisches Tauziehen darum gibt, was vielleicht zu einer viel längeren Verzögerung führt, als wenn man mal auf die Einwände der Betroffenen eingeht?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Wir haben bei der Standortsuche für die Eissporthalle auch verschiedene andere Standorte durchgeprüft und wir werden heute ja noch über einzelne sprechen in der weiteren Debatte, aus denen auch deutlich wird, was gegen die Standorte, die vielleicht andere Kriterien, bezogen jetzt auf den Hochwasserschutz, besser erfüllen könnten, hier verzichtet wurde.

Wichtig ist, wir gehen von der Vorzugsvariante des Landes im entsprechenden Planverfahren aus und das ist die Deichlinie, wie sie jetzt hier auch diskutiert wurde und irgendwie müssen wir ja auch bei einer Standortentscheidung von einem Fakt ausgehen. Und Fakt ist, wir nehmen die Vorzugsvariante. Deswegen hat das Land die Variante selbst Vorzugsvariante genannt.

Das was Sie hochgehalten haben, wenn ich es richtig gesehen habe, ist das Deckblatt der Präsentation, die wir im Ordnungs- und Umweltausschuss als Verwaltung gemacht haben. Das ist noch nicht das fertige Hochwasserschutzkonzept, sondern das ist eine Präsentation, um dem Stadtrat, dem Ausschuss das Vorgehen der Verwaltung für die Erarbeitung der Hochwasserschutzkonzeption deutlich zu machen. Und gerade weil die Deichlinie dann als Voraussetzung bzw. als Vorzugsvariante gewählt wurde, ist es auch vertretbar, den Standort der Eissporthalle dahinter zu wählen.

Die anderen Fragen, welche Bereiche dort betroffen sind, die koppeln sich zum Beispiel mit einer ganz anderen Thematik wieder rück, die wir noch nicht hatten, nämlich integriertes Stadtentwicklungskonzept, Thema Stadt am Fluss. Welches sind die Bereiche im Bereich der Saale, wo wir sagen, soll Natur Natur sein, wo sind die städtisch geprägten Bereiche und da geht es natürlich auch um eine Verzahnung.

Also den Widerspruch, den Sie jetzt sehen, den sehe ich an der Stelle nicht in der Form.

Herr Wienke

Ja, vielleicht noch ein kurzer Blick.

Sicherlich ist das erst mal ein Entwurf hier. Aber ich gehe mal davon aus, dass das auch im fertigen Konzept drin stehen wird, dass in Überschwemmungsflächen nicht gebaut werden soll. Da sind wir sicherlich einer Meinung und von daher finde ich den Verweis, dass das erst mal ein Konzept ist, nicht ganz treffend.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Wenn es die Deichlinie gibt, dann haben wir dahinter die Fläche hinter dem Deich.

Und selbst die Hochwassergefährdungskarten des Landes auf der Linie HQ200 bzw. extrem machen ja deutlich, dass selbst mit den alten Werten, die die Hochwasserstände 2011 und 2013 noch nicht berücksichtigen, das Plateau, wo jetzt die Eissporthalle steht, die Stelle ist im Bereich Halle-Neustadt, wo die Linie nicht blau eingefärbt ist. Das heißt, da ragt sogar ein Stück raus.

Das heißt, das hat uns natürlich gerade vom Kartenmaterial, bezogen auf andere Standorte, nochmal bestärkt, dass der Gimritzer Damm, der Standort Eissporthalle alt, als neuer nicht falsch ist, was auch diese gewisse Geländemodellierung betrifft.

Herr Ronald Wenderoth zu Serviceverträgen Hochwasser und Spontanpartys

Herr Wenderoth

Guten Tag. Mein Name ist Ronald Wenderoth, ich wohne im Sophienhafen. Ich habe eine kurze Frage zum Thema Hochwasser und eine kurze Anmerkung zum Thema Spontanpartys.

Die Frage zum Thema Hochwasser ist, ich habe gelesen in der Zeitung, dass es sogenannte Serviceverträge gibt oder angeboten worden für Hochwasseropfer. Hier ist meine Frage die, sind diese Verträge, so wie es wohl scheint, kostenpflichtige Verträge, dass man im Fall der Fälle zum Beispiel Sandsäcke kostenpflichtig als Stadt zur Verfügung stellt?

Und die Anmerkung dazu ist die, ich gebe zu bedenken, dass sicherlich nicht alle Hochwasseropfer in der Lage sind, finanziell diese Sache alleine zu stemmen.

Deshalb ergibt sich schon die Frage, wie kann der Einzelne oder was kann der Einzelne von dieser Stadt erwarten im Fall der Fälle, das Hochwasser kommt?

Und eine ganz kurze Anmerkung zum Thema Spontanpartys. Ich habe selbst der Stadtverwaltung mitgeteilt, dass also ich als Direktbetroffener und nicht zuletzt auch die momentan 30 Leute, 30 Familien, die im Sophienhafen derzeit leben, von diesen Spontanpartys erhebliche Lärmbelästigungen erleiden. Das heißt also, einer hat sich gemeldet, im dem Fall ich, aber es betrifft 30 Familien.

Und ich bitte auch zu bedenken, es geht um eine komplexe Entwicklung. Das heißt, die nächsten Häuser entstehen derzeit. Dort wird es weitere 49 Familien geben. Und das ist für uns, also ich vertrete auch letztendlich den Investor dieses Sophienhafens, es ist natürlich dramatisch, dass man nicht zuletzt einerseits durch die Flut, durch das Hochwasser, mit großen Problemen derzeit zu kämpfen hat, im Rahmen der Vermarktung. Und zum anderen weitere Probleme an den Investor, an die Betroffenen herangetragen werden, zum Beispiel eben durch diese neue Situation Spontanpartys.

Danke

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, dann würde ich mit den Serviceverträgen anfangen. Es gibt keine Serviceverträge. Es sind Absprachen getroffen worden, die wir unterstützen. Aber solche Serviceverträge gibt es nicht. Wir haben das auch entsprechend einer Stadtratsanfrage so dargestellt.

Von daher können wir das Thema, so denke ich, zur Seite schieben.

Wir unterstützen nach Kräften, wenn Hochwasser kommt. Das wissen Sie. Wir hatten mit den Möglichkeiten der Bundeswehr einen sehr guten Hochwasserschutz im Jahr 2013 dann auch realisieren können.

Aber es bedarf eben genau das, was ich eingangs der 15 Fragen auch dargestellt habe, dass man sich entsprechend abspricht. Dazu sind wir gerne bereit, mit Ihnen zu diskutieren, wie man das am besten umsetzt.

Dass die Situation in dem Baugebiet so ist, dass man sagt, so, ich wusste das nicht, dass ich zwischen zwei Saalearmen baue, dass Sie nicht darauf hingewiesen worden sind, dass es eine unmittelbare Gefährdungssituation gibt. Ich weiß, wohin ich mein Haus setze. Und von daher können wir jetzt nur sehen, dass wir so optimal Sie unterstützen, was in unseren Möglichkeiten auch steht. Das wollen wir gerne tun. Das ist unbenommen.

Aber bitte bedenken Sie auch, dass Sie einen Platz gewählt haben, wo Sie genau zwischen zwei Saalearmen gebaut haben. Dieses haben wir auch immer wieder deutlich gemacht. Und wir werden es auch den nächsten Bauwilligen in die Baugenehmigungen auch hineinschreiben.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dankeschön

Haben Sie noch eine kurze Nachfrage?

Herr Wenderoth

Ja, es ging auch um die Spontanpartys.

Also dass wir an der Saale wohnen, das ist schon klar. Ich meine, alle die dort wohnen, haben sich logischerweise mit der Situation auseinandergesetzt. Es geht ja nur um die neuerlichen Dinge. Dass man gewisse Risiken abwägt, zum Beispiel Saalearme, das ist klar.

Aber dass letztendlich diese Lärmbelästigung dort unten stattfindet, das kann ja sicherlich auch jemand nicht wissen, der dort hinzieht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Das Thema Spontanpartys ist ja intensiv diskutiert worden. Es gab ja auch von Seiten des Stadtrates Kritik, dass die Prüfung so lange gedauert hat, dass es einigen nicht schnell genug ging, hier Lösungen zu finden. Und genau das war das Thema, in welchem Umfang, in welchem Verfahren, unter Berücksichtigung aller Interessen ist so etwas möglich.

Und das heißt ja nicht, 365 Tage im Jahr unbegrenzte Lärmentwicklung. Sondern da gibt es Vorgaben, wie Spontanpartys zu melden sind. Es soll schnell und unbürokratisch sein, aber den größtmöglichen Kompromiss in einer solch doch schwierigen Situation, auf der einen Seite attraktive Wohnlage, auf der anderen Seite gut nachgefragte Flächen für Aktivitäten zu bringen.

Eine Sache bitte ich auch bei dem Standort Saline zu bedenken, was sich Spontanparty immer nennt, aber auch mit dem Standort zu tun hat. Das Stichwort Leitbild Saline ist hier aufgekommen. Und wir haben auch gemeinsam das Ziel, den Wassertourismus in der Stadt weiter zu entwickeln und zu nutzen. Und natürlich ist der Sophienhafen, Stichwort Hafen, auch dementsprechend Teil des Wassertourismuskonzeptes und muss einem auch bewusst sein. Auch das wird wieder gewisse Aktivität und auch Lärmentwicklungen mit sich bringen.

Das heißt also, da wird es nie eine hundertprozentige Lösung geben. Da werden wir auch immer gucken, wo ist der bestmögliche Kompromiss.

Aber genau das war der Versuch für das Thema Spontanpartys, komme ich zurück zum Anfang, hier auch dementsprechend Ausgleich mit dem Prozedere zu finden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

Dankeschön. Meine Damen und Herren, hiermit schließe ich die Einwohnerfragestunde und bedanke mich für alles engagierte Nachfragen.

Ende des Wortprotokolls.

zu Fluthelfernadel des Landes Sachsen-Anhalt - Auszeichnung ehrenamtlicher Fluthelfer

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erinnerte an das Hochwasser im Jahr 2013, das in dem Ausmaß und dem Umfang für die Stadt noch nicht dagewesen sei. Nur mit Mühe und Not habe man es gemeinsam geschafft, die Stadt vor weiteren Schäden zu bewahren.

Aus diesem Grund wurde er durch den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt beauftragt, 800 Auszeichnungen für Hochwasserhelfer auszusprechen. Für ihren besonderen Einsatz werden in der Stadtratssitzung heute zivile und organisierte Helfer ausgezeichnet.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl, nahm Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand die Ehrung der zivilen Helfer und der organisierten Helfer der Feuerwehr mit der Überreichung der Fluthelfernadel und der Bandschnalle vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 52. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl.**

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 50 Mitglieder des Stadtrates (89,29 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12089
Wurde in den Fachausschüssen vertagt

- 6.12 Bürgerhaushalt Vorschlag B-73 E-Gouvernement
Vorlage: V/2014/12438
Wurde für erledigt erklärt.

- 6.14 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürger-schaftlichen Engagements
Vorlage: V/2013/11956
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 6.15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertus-platz" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/12243
Wurde im Planungsausschuss zurück gestellt.
- 7.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/12111
Wurde in den Fachausschüssen vertagt.
- 7.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2014/12388
Wurde im Hauptausschuss vertagt.
- 7.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461
Wurde im Planungsausschuss zurück gestellt.
- 7.11 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298
Wurde in Abstimmung mit Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und auf Grund von Hinweisen des Landesverwaltungsamtes abgesetzt.
- 7.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushalts-plan 2015
Vorlage: V/2014/12398
Wurde im Finanzausschuss vertagt.

Herr Bartl informierte, dass folgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 8.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle
Vorlage: V/2014/12561

Herr Krause, SPD-Fraktion, begründete den Dringlichkeitsantrag damit, dass die Verwaltung im Hauptausschuss vorgeschlagen habe, den Punkt 2 aus dem ursprünglichen Änderungsantrag herauszulösen, weil er zwar dringend aber zunächst mit Blick auf die Beschlussvorlage sachfremd gewesen wäre. Der Hauptausschuss habe dem Vorschlag

einstimmig zugestimmt und aus diesem Grund soll der Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2014/12561 einstimmig zugestimmt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, den Dringlichkeitsantrag gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.16 als TOP 6.16.3 zu behandeln.

8.14 Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass dieser im Januar 2014 regulär in den Stadtrat eingebracht und in den Planungsausschuss, den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung verwiesen wurde.

Der Gremiendurchlauf wurde etwas beschleunigt. Der Planungsausschuss habe sich für nicht zuständig erklärt und im Finanzausschuss und im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurden Beschlüsse dahingehend gefasst, den Punkt 1 der jetzigen Beschlussvorlage auf die Märzsession zu vertagen.

Jedoch könnten die Punkte 2 und 3, wenn die Dringlichkeit heute bestätigt wird, verhandelt werden.

Frau Dr. Wünscher informierte weiter darüber, dass eine Mieterversammlung im MMZ mit dem Staatsminister Robra, mit einem Vertreter der Investitionsbank und mit einem Vertreter der Staatskanzlei, der die Fluthilfemittelauszahlung koordiniert, stattfand und die klare Botschaft ausgesandt wurde, dass die Mieter des MMZ Klarheit darüber brauchen, wie es mit dem Standort weiter geht.

Aus diesem Grund bat sie um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung der Änderungsantrag seiner Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag noch nicht vorlag und dieser jetzt förmlich eingebracht werde.

Herr Bartl bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2014/12377 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 8.14 behandelt.

8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565

Herr Felke, SPD-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages dahingehend, dass die Vorplanung der Baumaßnahme für die Brücke an der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten nach seinem Kenntnisstand fortgeschritten sind und die Entwurfsplanung laufe. Bis Ende März muss eine Positionierung seitens der Stadt erfolgen, in welcher Form die Brücke ausgeführt werden soll und aus diesem Grund sei die Dringlichkeit hinreichend begründet.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2014/12565 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 8.15 behandelt.

- 8.16 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und FDP-Stadtratsfraktion zum Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2014/12569

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete, dass sich die Dringlichkeit für den Antrag daraus ergebe, dass der Senat der MLU seine Entscheidung am 12. März in einer Sondersetzung über die weitere Immatrikulation in diesen Studiengang treffen werde.

Aus ihrer Sicht sei es notwendig, dass sich die Stadt jetzt positioniert.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2014/12569 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem TOP 8.16 behandelt.

Herr Bartl informierte über weitere Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

- 6.2 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/11968

Der Tagesordnungspunkt 6.2 wird durch Frau Hanna Haupt, 2. Stellvertreterin, verhandelt. Zu diesem Punkt erhielt Herr Dr. Fox, Mitglied des Vorstandes der Saalesparkasse, Rederecht.

- 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-38 anders als die anderen - Kommunikation einmal anders
Vorlage: V/2014/12434
Hierzu wurde eine geänderte Vorlage ausgeteilt.

- 6.16.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Dringlichkeitsvorlage Nr.: V/2013/12362 - Standort der Eissporthalle
Vorlage: V/2014/12526
Der Antrag wurde zurückgezogen.

- 6.17 Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte
Vorlage: V/2013/12363
Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor.

- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114
Hierzu wurde ein geänderter Antrag verteilt.

- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen
Vorlage: V/2013/12313
Hierzu liegt ein geänderter Beschlussvorschlag vor.
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12477
Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Ausstattung des Stadtschülerrates
Vorlage: V/2014/12511
Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bat darum, den Tagesordnungspunkt

- 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beteiligung des Kinder- und Jugendbeauftragten in die Arbeit der Fachausschüsse
Vorlage: V/2014/12514

von der Tagesordnung abzusetzen, da es allein Sache der Verwaltung sei, welche Mitarbeiter an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Es könne nur eine Anregung an den Oberbürgermeister gegeben werden und die Sache sei kein Beschlussgegenstand.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass seine Fraktion als Antragsteller dieser Anregung nicht folgen werde, da die Verwaltung geantwortet habe und ein ordnungsgemäßer Antrag vorliege.

Daraufhin stellte **Frau Raab** den Geschäftsordnungsantrag auf Entfernung von der Tagesordnung wegen Nichtzuständigkeit und regte an, das Thema als Anregung vorzutragen.

Herr Wolter begründete den Antrag damit, dass beschlossen werden soll, den Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt als Mitglied in den Ausschüssen mit Rederecht auszustatten und eine Anwesenheitspflicht festzuschreiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte fest, dass die von Herrn Wolter genannte Begründung so nicht im Antrag dargestellt wurde.

Auf Nachfrage teilte **Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht**, mit, dass es sich bei der Feststellung zur Tagesordnung bereits um einen Tagesordnungspunkt handelt und hier Geschäftsordnungsanträge zulässig und abstimmungsfähig sind.

Herr Wolter bat Herrn Schreyer um den Hinweis an den Vorsitzenden des Stadtrates zur Einhaltung der Geschäftsordnung laut Hauptsatzung, dass die Zustimmung des Antragstellers bei einer Absetzung von der Tagesordnung erforderlich sei.

Daraufhin stellte **Herr Schreyer** fest, dass in der Geschäftsordnung vorgesehen sei, dass die Zustimmung des Antragstellers erforderlich ist, wenn es sich um eine Absetzung handelt.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stellte den Antrag nach § 9, Absatz 1, Punkt i) auf Nichtbehandlung, was auch ohne Zustimmung des Antragstellers möglich wäre und jederzeit darüber abgestimmt werden könne.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion auf Absetzung des TOP 8.8.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Damit verbleibt der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung und wird unter TOP 8.8 behandelt.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte zum Antrag seiner Fraktion zum TOP

7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafent Halle GmbH

Vorlage: V/2012/10710,

dass die Hafent Halle GmbH zwar sehr hohe Defizite in Millionenhöhe aufwerfe und deshalb die Behandlung des Antrages dringlich wäre. Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung, dass die Entscheidung über eine große Investition aussteht und deshalb dafür plädiert wird, diese auf September 2014 zu vertagen, beantragte er, den Antrag auf September 2014 zu vertagen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2014
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sondersitzung gefassten Beschlüsse vom 12.02.014
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12089 *abgesetzt*
- 6.1.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*
Vorlage: V/2014/12421 *abgesetzt*

- 6.1.2 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2014/12422 *abgesetzt*
- 6.2 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/11968
- 6.3 Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2014/12415
- 6.4 Bürgerhaushalt Vorschlag B-4 Verwendung freier Software in der Verwaltung
Vorlage: V/2014/12430
- 6.5 Bürgerhaushalt Vorschlag B-27 Personalkosten der Fraktionsgeschäftsstellen senken
Vorlage: V/2014/12431
- 6.6 Bürgerhaushalt Vorschlag B-34 Konsolidierung Postversand
Vorlage: V/2014/12432
- 6.7 Bürgerhaushalt Vorschlag B-35 - 5% Reduzierung der Kosten für das Büro des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten.
Vorlage: V/2014/12433
- 6.7.1 *Änderungsantrag Herr Müller*
- 6.8 Bürgerhaushalt Vorschlag B-38 anders als die anderen - Kommunikation einmal anders
Vorlage: V/2014/12434
- 6.9 Bürgerhaushalt Vorschlag B-49 Sparkonto anstatt sinnlos Geld zu verschleudern
Vorlage: V/2014/12435
- 6.10 Bürgerhaushalt Vorschlag B-53 Benutzungsgebühren gewerbliche Nutzung der Straße durch Gaststätten etc.
Vorlage: V/2014/12436
- 6.11 Bürgerhaushalt Vorschlag B-63 Privatwirtschaftliches Sponsoring von Haltestellennamen im ÖPNV analog zur Dubai Metro
Vorlage: V/2014/12437
- 6.12 *Bürgerhaushalt Vorschlag B-73 E-Gouvernement*
Vorlage: V/2014/12438 *abgesetzt*
- 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B-74 Nutzung eines zentralen/gemeinsamen Fuhrparks.
Vorlage: V/2014/12439
- 6.14 *Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürger-schaftlichen Engagements*
Vorlage: V/2013/11956 *abgesetzt*

- 6.15 *Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Aufstellungsbeschluss*
Vorlage: V/2013/12243 *abgesetzt*
- 6.16 Standort der Eissporthalle
Vorlage: V/2013/12362
- 6.16.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Dringlichkeitsvorlage Nr.: V/2013/12362 - Standort der Eissporthalle*
Vorlage: V/2014/12526 *abgesetzt*
- 6.16.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12552
- 6.16.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage „Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12568
- 6.16.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle
Vorlage: V/2014/12561
- 6.17 *Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte*
Vorlage: V/2013/12363
- 6.17.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte" (Vorlagennummer: V/2013/12363)*
Vorlage: V/2014/12548
- 6.17.2 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte, V/2013/12363*
Vorlage: V/2014/12553
- 6.18 Namensgebung von Schulen
Vorlage: V/2013/12143
- 6.19 Jahresabschluss 2012 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12330
- 6.20 Wirtschaftsplan 2014 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2013/12357
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/11372 *abgesetzt*

- 7.2 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*
Vorlage: V/2013/12111 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11850
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: V/2013/12273
- 7.5 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: V/2014/12388 *abgesetzt*
- 7.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*
Vorlage: V/2013/11461 *abgesetzt*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114
- 7.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)
Vorlage: V/2013/12155
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen
Vorlage: V/2013/12313
- 7.8.1 Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
- 7.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Hafen Halle GmbH*
Vorlage: V/2012/10710 *abgesetzt*
- 7.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen
Vorlage: V/2013/12186
- 7.11 *Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße*
Vorlage: V/2013/12298 *abgesetzt*
- 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6
Vorlage: V/2013/12307

- 7.13 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erläuterungen zum Haushaltsplan 2015*
Vorlage: V/2014/12398 *abgesetzt*
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Stadträte Andreas Schachtschneider und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur standardisierten Prüfung des Neustädter Zentrums bei Neubauvorhaben
 Vorlage: V/2014/12460
- 8.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung
 Vorlage: V/2014/12461
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Erhaltungssatzungen der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: V/2014/12498
- 8.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Wohnmobilstellplätzen in Halle
 Vorlage: V/2014/12486
- 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys
 Vorlage: V/2014/12475
- 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband "Untere Saale"
 Vorlage: V/2014/12476
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: V/2014/12477
- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale) (Vorlagen-Nr.: V/2014/12477)
 Vorlage: V/2014/12566
- 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beteiligung des Kinder- und Jugendbeauftragten in die Arbeit der Fachausschüsse
 Vorlage: V/2014/12514
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Ausstattung des Stadtschülerrates
 Vorlage: V/2014/12511
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Riebeckplatz
 Vorlage: V/2014/12507
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisenseegeländes
 Vorlage: V/2014/12504

- 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fahrradmitnahme in Straßenbahnen und Bussen
Vorlage: V/2014/12503
- 8.13 wird unter TOP 6.16.3 behandelt
- 8.14 Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377
- 8.14.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP, und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12567
- 8.14.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12571
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565
- 8.16 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und FDP-Stadtratsfraktion zum Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2014/12569
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Nutzungsmöglichkeiten des Holzplatzes
Vorlage: V/2014/12482
- 9.2 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Konzeption der wirtschaftlichen Ansiedlungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12497
- 9.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum KulturTREFF
Vorlage: V/2014/12496
- 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschaffung von geeigneter Tontechnik für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: V/2014/12495
- 9.5 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur barrierefreien Gestaltung der Markttreppe
Vorlage: V/2014/12484
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Dr. Erwin Bartsch (Fraktion DIE LINKE) zum Spielplatz "Drachennest"
Vorlage: V/2014/12483
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Serviceverträgen Hochwasser

Vorlage: V/2014/12487

- 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Initiativen für Gemeinschaftsschulen in Halle
Vorlage: V/2014/12489
- 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Schulabbrecherquoten in Halle und zur
Schulsozialarbeit
Vorlage: V/2014/12490
- 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Höhe der Angemessenheits-
grenzen für die Unterkunftskosten nach SGB II und XII
Vorlage: V/2014/12499
- 9.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Schulspeisung
Vorlage: V/2014/12479
- 9.12 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zu Gesamtschul-
konferenzen der kommunalen Schulen
Vorlage: V/2014/12509
- 9.13 Anfrage der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Organisation
des Internationalen Kinderchorfestivals 2014
Vorlage: V/2014/12491
- 9.14 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum aktuellen
Stand des Verkehrsentwicklungsplan 2025
Vorlage: V/2014/12516
- 9.15 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu zwei Schulhöfen
Vorlage: V/2014/12515
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Umgang mit Asyl-
bewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: V/2014/12500
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu privaten Baumpflanzungen
im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2014/12501
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Industriegebiet Star Park
Halle A 14
Vorlage: V/2014/12502
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand des Vorhabens
Abfall-Verwertungsanlage durch Pyrolyse
Vorlage: V/2014/12505
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsorganisation im
Kreuzungsbereich Große Ulrichstraße/Geiststraße/Universitätsring/Moritzburgring
Vorlage: V/2014/12508
- 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Beschlüsse
zur Kleingartenkonzeption
Vorlage: V/2014/12510

- 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand der Erarbeitung eines Wassertourismuskonzepts
Vorlage: V/2014/12512
- 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Folgen des HAVAG-Fahrplanwechsels 2013
Vorlage: V/2014/12513
- 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Flächenverkäufen im Gebiet des Bebauungsplans 140.2
Vorlage: V/2014/12518
- 9.25 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagengemeinschaften
Vorlage: V/2013/12364
- 9.26 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/12367
10. Mitteilungen
- 10.1 Haushaltsaufstellung 2015/ 2016 - Zeitplan
Vorlage: V/2014/12481
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Weihnachtsmarktkonzeption
Vorlage: V/2014/12517
- 12.2 Anregung Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Fahrradpiktogrammen
- 12.3 Anregung Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Geschäftsordnung
- 12.4 Anregung Frau Wolff zur Weihnachtsmarktkonzeption
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2014

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 51. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.01.2014.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sondersitzung gefassten Beschlüsse vom 12.02.014**

Es lagen keine Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates vor.

zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand unterrichtete den Stadtrat über eine Anklage seiner Person zum Vorwurf der Untreue. Dabei gehe es um die Einstellung von drei Mitarbeitern. Nicht um Besoldungsstufen und auch nicht um die Einstellung an sich, sondern um Erfahrungsstufen.

Es müsse geklärt werden, ob bei Neueinstellungen die Erfahrungen vorheriger beruflicher Tätigkeit angerechnet werden können. Dazu gäbe es eine Rechtsgrundlage im TVöD. Herr Oberbürgermeister habe vier Wochen Zeit zur Stellungnahme. Danach werde das Gericht über die Annahme des Verfahrens entscheiden.

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass das Land signalisiert habe, den Vertragsentwurf in etwa drei Wochen vorzulegen.

Bezüglich des MMZ berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** von der gestrigen Sitzung mit dem Staatsminister Robra. Die Verwaltung habe noch einmal deutlich gemacht, dass das Gutachten zur Statik und darüber hinaus ein Schadensgutachten zwingend erforderlich sind. In diesen Gutachten müsse deutlich werden, dass das Gebäude zu reparieren sei. Diese Gutachten sollen in zwei Wochen insgesamt vorliegen.

Desweiteren wird parallel zu den Gutachten ein Entwicklungskonzept und eine Standortuntersuchung mit Wirtschaftlichkeitsanalyse erarbeitet. Beides sei gesetzlich vorgeschrieben und wichtig für die Investitionsbank, um Gelder auszuzahlen.

Insgesamt habe man deutlich gemacht, dass im Anschluss Teilleistungen bei der IB-Bank vorab beantragt werden können. Mit diesem Verfahren werde die Möglichkeit gegeben, einzelne Bausteine aus dem Schadensgutachten vorab bei der IB-Bank zu beantragen. Priorität haben die fest eingebaute Lüftungsanlage und die Tonmischanlage, die dann unmittelbar Bestandteil des Gebäudes werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte aus, dass im MMZ eine sehr große Tonmischanlage stand, welche durch das Hochwasser komplett vernichtet wurde. Der Ansatz diesbezüglich gehe weit über eine Million Euro hinaus.

Um den Standort und die Tonmischanlage weiterhin interessant für bestimmte Produzenten zu machen, sind auch andere Tonmischanlagen zu prüfen.

Desweiteren erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** anhand eines Vergleiches den Sachstand zwischen MMZ und Eissporthalle.

In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass beim MMZ ein Antrag vorliege, zum jetzigen Zeitpunkt Geld in die Hand zu nehmen. Auf der anderen Seite werde bei der Eissporthalle mit einer Entscheidung momentan gezögert.

Zur Eissporthalle liege ein Schadensgutachten vor und der Hochwasserschutz ist nach Aussagen des Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes weiter in der Planung. Beim MMZ fehle dieses Gutachten noch. Auch sei in der gestrigen Diskussion mit dem

zu 6.3 Bestellung einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2014/12415

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Stadtrat bestellt der Oberbürgermeister Frau Kirsten Sommer als stellvertretende Protokollführerin des Stadtrates.

zu 6.4 Bürgerhaushalt Vorschlag B-4 Verwendung freier Software in der
Verwaltung
Vorlage: V/2014/12430

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. die Einsatzmöglichkeiten von freier Software weiter zu prüfen und abzuwägen, wann die Funktionsfähigkeit und die Verfügbarkeit zur Verbesserung ihrer Verwaltungsdienstleistungen beitragen kann und hinsichtlich des Haushaltes zu Einsparungen führt. Bei positivem Prüfergebnis ist dem Einsatz von freier Software Vorrang einzuräumen.
2. in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 6.5 Bürgerhaushalt Vorschlag B-27 Personalkosten der Fraktionsgeschäfts-
stellen senken
Vorlage: V/2014/12431

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 6.7.1 **Änderungsantrag Herr Müller (CDU-Fraktion) Bürgerhaushalt Vorschlag B-35 - 5% Reduzierung der Kosten für das Büro des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten**
Vorlage: V/2014/12433

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. **diesen Bürgervorschlag zur Haushaltsdiskussion 2015 wieder vorzulegen.**
~~diesen Vorschlag nicht weiter zu verfolgen,~~

zu 6.7 **Bürgerhaushalt Vorschlag B-35 - 5% Reduzierung der Kosten für das Büro des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten**
Vorlage: V/2014/12433

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. **diesen Bürgervorschlag zur Haushaltsdiskussion 2015 wieder vorzulegen.**
~~diesen Vorschlag nicht weiter zu verfolgen,~~
2. den Bürger zu informieren, dass sein Vorschlag bereits mit dem Haushaltsplan 2014 ff. umgesetzt wurde und
3. dies auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 6.8 **Bürgerhaushalt Vorschlag B-38 anders als die anderen - Kommunikation einmal anders**
Vorlage: V/2014/12434

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. den eingeschlagenen Weg der Mobilitätsoptimierung fortzusetzen,
- ~~2. den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im I. Quartal 2014 über den Sachstand zu informieren und~~
2. in diesem Sinne dem Bürger, der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

zu 6.16 Standort der Eissporthalle
Vorlage: V/2013/12362

zu 6.16.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
„Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12552

zu 6.16.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage
„Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12568

8.13 wird Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der
unter Interimslösung Eissporthalle
6.16.3 Vorlage: V/2014/12561
behandelt

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass die Vorlage die Auswahl des Standortes für die neue Eissporthalle betreffe. Die Standortauswahl sei Kernvoraussetzung für die Erstellung des Antrages auf Flutmittelhilfe, welcher bis 30.06.2014 einzureichen ist.

Aus diesem Grund ist eine baldige Standortauswahl sehr wichtig, da noch sehr viel Arbeit geleistet werden müsse. Der Antrag ist sehr komplex und beinhaltet nicht nur das Gutachten über die Schadenshöhe, sondern auch eine Vorprüfung, die Kostenermittlung und die Finanzplanung.

Es wurden 19 potentielle Standorte geprüft und dabei die Bürgervorschläge sowie die Vorschläge von den Fraktionen und aus der Stadtverwaltung aufgenommen. Vier Vorschläge kamen in die engere Wahl.

Die erste Wahl fiel aus sportfachlicher und aus planerischer Sicht mit Abstand auf den alten Standort am Gimritzer Damm. Dieser sei eingeführt und es gäbe keine Probleme mit Lärmschutz. Der Standort werde von den Vereinen und Fans sehr gut angenommen und aus Sicht der Verwaltung und unter Berücksichtigung aller Faktoren ist dieser der geeignetste Standort für die Eissporthalle.

Frau Beigeordnete Dr. Marquardt bat um Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt ergänzte, dass die Verwaltung 19 Standorte geprüft und vorgelegt habe.

Ein Aspekt für die gesamte Konzeption des Ersatzprojektes war, zu versuchen, die durch die Schadensgutachten ermittelte Summe in den Bau der neuen Eishalle zu stecken und nicht in eventuell anfallende Grunderwerbskosten. Aus diesem Grund wurde bei der Bewertung des Standortes die Verfügbarkeit des Grundstückes aus eigenem Grundstücksvermögen, ein wesentliches Kriterium.

Herr Beigeordneter Stäglin erläuterte anhand einer Präsentation die drei Standorte, die mit der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses vorliegen.

Der Standort Nietlebener Straße 1, das ehemalige Datenverarbeitungszentrum, wurde bei der Betrachtung der Anfangsfragestellung – eine Halle – in Betracht gezogen. Im weiteren Prozess der Bearbeitung wurde aus sportfachlicher Sicht und bei der Frage der Finanzierung des Eisdoms ein höherer Flächenbedarf vorgetragen, welcher sich zwar auch am Standort DVZ unterbringen ließe, aber es besteht die Schwierigkeit, dass sich nicht alle notwendigen Stellplätze auf den zur Verfügung stehenden Grundstücken, die noch in Privatvermögen sind und noch erworben werden müssten, untergebracht werden können. Hier hätte man einen erheblichen finanziellen Aufwand, um das Thema Parkplätze entsprechend zu bewältigen.

Aus diesem Grund konnte bei der weiteren Betrachtung das Plus für diesen Standort nicht mehr aufrecht erhalten werden. Auch sei es nicht möglich, bestehende Stellplätze in der Nachbarschaft, die mit Baugenehmigung anderen Projekten zugeordnet sind, heranzuziehen.

Der Standort Nietlebener Straße 13 wurde im Planungsausschuss nicht weiter im Detail behandelt, da dieser Vorschlag zurückgezogen wurde.

Ein weiterer möglicher Standort befindet sich nördlich der Blücherstraße und sei als Fläche geplant für die Interimslösung. Damit hätte man die Halle auf der nördlichen Fläche, wo beide Teile des Projektes, die Eissporthalle und der Eisdome sowie die Stellplätze zu integrieren wären.

Da es im räumlichen Leitbild der Stadt das Ziel gäbe, perspektivisch den Weinbergcampus in Richtung Neustadt wachsen zu lassen, für welche die Fläche Blücherstraße vorgesehen war, hätte man zwei Nutzungen in Konkurrenz zueinander und müsste eine Entscheidung für eine Nutzung treffen.

Aus diesem Grund habe sich für die Verwaltung der alte Standort am Gimritzer Damm als Vorzugsvariante klar herauskristallisiert. Gleiches betreffe auch die Kriterien zur Flächengröße, Frage der erforderlichen Stellplätze mit 70 % direkt auf dem Standort und den Rest in ca. 200 m Entfernung, eine optimale ÖPNV-Anbindung, einen hohen Abstand zur Wohnbebauung und damit eine gute Einschätzung, was den Lärmschutz betrifft.

Da sich das Grundstück im städtischen Eigentum befindet, gehe die Verwaltung davon aus, dass nach § 34 Baugesetzbuch eine Baugenehmigung ohne B-Planverfahren erteilt werden könnte.

Beim Baugrund habe man die gleiche Thematik wie bei der Blücherstraße Nord, das Ingriffkriegen des Themas Grundwasser mit einer entsprechenden Plateaulösung und einer entsprechenden Bodenplatte.

Herr Beigeordneter Stäglin erinnerte auch daran dass, außer beim Hochwasser 2013, bisher die Hochwasserbeeinträchtigung der alten Eissporthalle insbesondere im Kellerbereich lag. Aus diesem Grund werde man bei einem Neubau nicht wieder die Umkleiden und andere Einrichtungen im Kellerbereich unterbringen, sondern eine ebenerdige Lösung schaffen.

Klarer Standortvorteil aus Sicht der Verwaltung sind der eingeführte Standort, die zentrale Lage zwischen Siedlungsschwerpunkten der Stadt, die gute ÖPNV-Anbindung, die stadtteigene Fläche, problemlose Errichtung von Stellplätzen und lösbare Grundwasserprobleme.

Desweiteren informierte **Herr Beigeordneter Stäglin** über mögliche Kosten, die bei einer weiteren Betrachtung von drei Standorten anfallen könnten. Dies seien Baugrunduntersuchungen, wirklich detailliertere Immissionsschutzuntersuchungen und eine Art Machbarkeitsstudie. Dabei komme man auf ca. 70.000 Euro Gesamtkosten, die nochmals aufgewendet und aus Sicht der Verwaltung wegen eines klaren Vorzugsstandortes nicht eingesetzt werden müssten.

Mit der Vorzugsvariante wolle man die weiteren Untersuchungen für diesen Standort bewegen, was auch einen weiteren intensiven Austausch mit Fördermittelgebern, mit der Genehmigungsstelle voraussetzt.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, aufgrund der Diskussionen im Planungsausschuss die Aussagen im Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Änderungsantrag seiner Fraktion zu übernehmen.

Bezüglich des von der Verwaltung bevorzugten Standortes wies **Herr Krause** darauf hin, dass ein großer Teil der auf der gegenüberliegenden Seite des Dammes wohnenden Bürger bereit sind, zu klagen, da sie davon ausgehen, dass mit dem Bau der Eissporthalle am alten Standort auch eine Vorfestlegung der Dammlinie manifestiert wird.

Sollte es zu den angekündigten Klagen kommen, würde es erhöhte Kosten und eine Verschiebung der Baumaßnahme bedeuten.

Weiterhin müsse noch geklärt werden, ob überhaupt ein Neubau finanziert wird, da bisher vom Land nur grünes Licht für eine Sanierung vorliege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass das Land bereits im November deutlich gemacht habe, dass die Gefährdungssituation am Gimritzer Damm als extrem eingeschätzt wird und unverzüglich zu handeln ist. Eine Genehmigung, gleich welcher Art, könne mit der Anordnung der sofortigen Vollziehung versehen werden. Es laufe dann ein sogenanntes Eilverfahren, so dass man das Risiko mit jahrelangen Prozessen nicht hätte.

Die Verwaltungsgerichte könnten sehr schnell über den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung entscheiden und es könnte Baufreiheit bestehen, wenn das Eilverfahren in der ersten Instanz nicht erfolgreich wäre.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über Gespräche mit der IB-Bank. In diesen wurde von der IB-Bank deutlich gemacht, dass das Schadensgutachten Grundlage für alle weiteren öffentlichen Bauten sein soll, weil es explizit auf die Hochwasserschutzrichtlinie eingeht.

Die Vertreter der IB-Bank haben in diesen Gesprächen mitgeteilt, dass sie sich vorstellen können, die im Gutachten festgestellte Summe zu fördern. Dieses unterliege aber noch der Prüfung durch den Baubereich.

Deshalb sei die Summe, die mit knapp 14 Mio. Euro formuliert wird, auch belastbar. Damit könnte man planen und wäre in der Lage, eine neue Eissporthalle zu erstellen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stimmte Herrn Krause dahingehend zu, dass die Entscheidung zur Eissporthalle am alten Standort eine priorisierende Wirkung habe, da das Planfeststellungsverfahren zur Deichlinie noch nicht abgeschlossen ist. Man würde im hochwassergefährdeten Gebiet bauen wollen und dem Landesamt für Hochwasserschutz mitteilen, wie die Dammlinie zu verlaufen habe.

Sollte der vorliegende Beschluss gefasst werden, würde man den eventuellen Klägern unterstellen, dass sie daran Schuld hätten, wenn der Damm nicht rechtzeitig da ist und möglicherweise auch daran, dass die Eissporthalle nicht dorthin kommt oder vielleicht gar nicht kommt, weil das Gericht so oder so entscheidet.

Herr Dr. Meerheim wies weiter darauf hin, dass man vor dem Hintergrund der Diskussionen und den möglicherweise drohenden Klageverfahren mit der Auswahl des alten Standortes in eine Problemzone zeitlicher Art komme.

Bezüglich des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion mit der sogenannten Interimslösung machte er darauf aufmerksam, dass man bei der Standortüberprüfung nicht immer über beide Halle zusammen diskutieren sollte. Dann könnte vielleicht auch das Parkplatzproblem gelöst werden. Wenn die Halle voll funktionsfähig sein kann am Standort Blücherstraße, wo sie jetzt als Interimslösung hinkommen soll, dann wäre sie auch in Zukunft voll funktionsfähig.

Auch habe er noch keine Analyse vorliegen, welche den Betrieb der Einrichtungen über die Folgekosten des Betriebes für zwei Standorte bzw. bei Zusammenlegung an einen Standort darlegt.

Herr Dr. Meerheim bat darum, dem Änderungsantrag zuzustimmen und hoffe, dass die Verwaltung seine Anregungen aufnehmen wird.

Hinsichtlich möglicher Fördermittel teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass für den Abriss der beiden kleineren Hallen eine Förderfähigkeit bestehe.

Das Land plane schon seit Jahren, unabhängig von der Eissporthalle, den Dammverlauf. Schon vor dem Hochwasser 2013 war die „Schlangenföhrung“ des Dammes ein wesentlicher Diskussionspunkt innerhalb des Landes. Diesbezüglich habe die Stadt beim Land auch deutlich gemacht, dass keinerlei Verknüpfungen mit der Eissporthalle das Land in bestimmte Handlungszwänge treiben soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bot an, das Schreiben der Verwaltung an das Land zur Einsicht zu geben.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass bei einem Gespräch mit Herrn Minister Dr. Aeikens dieser darauf verwiesen habe, dass die endgültige Linienführung des Dammes noch nicht klar sei und der Dammverlauf noch geändert werden könne.

Jetzt habe man aber das Problem, dass mit den angedrohten Klagen vielleicht in den nächsten Jahren kein neuer Damm und kein Neubau der Eissporthalle möglich werden. Es müsse völlig wertfrei geprüft werden, welcher Standort der bessere ist.

Herr Schachtschneider machte weiterhin deutlich, dass aus seiner Sicht mit dem Bau des Dammes auch berücksichtigt werden müsse, dass eventuell der Neubau der Eissporthalle durch weitere Hochwasser gefährdet werde. Aus diesem Grund halte er unbedingt eine Prüfung auch anderer Standorte für erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass bei dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort der Eissporthalle – im Gegensatz zum MMZ – der Hochwasserschutz durch den Damm gegeben sei. Das Landesverwaltungsamt als Genehmigungsbehörde habe deutlich gemacht, dass es im Moment klar an den Plänen, so wie sie im Internet veröffentlicht wurden, festhält. Aus diesem Grund könne man bei der Planung auch von nichts anderem ausgehen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für eine weitere Diskussion zur Standortsuche aus. Man sei sich einig darüber, den Eissport in Halle zu sichern und eine neue Eissporthalle zu bauen. Dabei müssen aber auch die anderen Aspekte, welche von den Bürgern der Klostervorstadt vorgebracht wurden, Berücksichtigung finden und in die Entscheidung mit einbezogen werden.

Herr Feigl appellierte eindringlich dafür, den Änderungsantrag seiner Fraktion anzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dazu fest, dass diese Forderung dazu geführt habe, dass man jahrelang zu keiner Lösung gekommen ist und deshalb die Probleme mit der Flut 2013 entstanden sind.

Auch könne er nicht nachvollziehen, dass beim MMZ, wo es keinen Hochwasserschutz gibt, Gelder bereitgestellt werden sollen, auf der anderen Seite der von der Verwaltung vorgeschlagene Standort der Eissporthalle, die durch den neuen Damm geschützt ist, dieser in Frage gestellt wird.

Bezüglich der Aussagen von Herrn Oberbürgermeister zu den Fördermitteln fragte **Herr Dr. Meerheim**, weshalb 19 Standorte untersucht worden sind, wenn das Land erklärt habe, nur Fördermittel für den Eisdome zu übergeben, wenn dieser am gleichen Standort gebaut werde.

Ebenso habe Herr Rauschenbach erklärt, dass die Stadt die Wahl beim Standort habe und es egal sei, wo die Eissporthalle errichtet wird. Auf jeden Fall bekomme man Fördermittel für den Abriss der alten Hallen.

Im Hinblick auf die Standortsuche merkte **Herr Beigeordneter Stäglin** an, dass es mit den 19 Standorten entsprechend der sportfachlichen Anforderungen erst um eine Eissporthalle ging. Aus der Chronologie der Sitzungen habe sich dann die Erweiterung des Antrages um den Eisdome als Kompensation für die zwei kleinen Nebengebäude ergeben.

Zum gleichen Thema führte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, dass man den am besten geeigneten Standort für die Eissporthalle suchen wolle. Beim von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort sollten auch die Risiken berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Problem der Übergangslösung für den Eissport an der Halle-Messe, wo man nicht die Bedingungen vorfand, die angedacht waren.

Man wolle jetzt auch keine Übergangslösung, sondern einen Standort festlegen, wo eine neue Eissporthalle für die nächsten Jahre sicher stehen kann. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag zustimmen und die Verwaltung bitten, gemeinsam den besten und sichersten Standort zu suchen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand korrigierte die Aussagen von Herrn Wolter in Hinblick auf die Lösungen und die Darstellung zum Standort. Es wurde schon ausführlich dargestellt, aus welchen Gründen der erste Standort der Übergangslösung nicht möglich sei.

Er wies weiter darauf hin, dass die Interimslösung nur förderfähig ist, wenn diese im Neubau verbaut wird. Deshalb sei ein Entzerren des Projektes mit verschiedenen Standorten gar nicht möglich.

Nach Ansicht von **Herrn Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE**, fehlen bisher klare Kriterien für eine Bewertung. Es könnten von vornherein alle Varianten ausgeschlossen werden, die hochwassergefährdet sind und dazu zählen der alte Standort der Eissporthalle und auch die Blücherstraße.

Laut Hochwasserschadensrichtlinie 2013 gehe es um einen nachhaltigen Wiederaufbau und die Wiederbeschaffung, wobei der alte Standort nicht nachhaltig ist. Desweiteren gäbe es ein Gutachten zum tatsächlich entstandenen Schaden und **Herr Dr. Köck** machte darauf aufmerksam, dass Schäden aufgeführt seien, welche nicht vorhanden sind. Auch die Wahl eines anderen Standortes wäre nach der Richtlinie möglich.

Bezogen auf den Schaden beim MMZ merkte **Herr Dr. Köck** an, dass mit einem Höherbau der Ufermauer um einen halben Meter und durch Aufsetzen einer mobilen Wand eine Sicherheit auf lange Sicht bei Hochwasser vorhanden wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass man den Antrag auf Flutmittelunterstützung zurücknehmen müsste, wenn die Darstellungen von Herrn Dr. Köck zutreffend wären.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stellte fest, dass der gegenwärtig vorliegende Antrag, wie er auch im Planungsausschuss verabschiedet wurde, einen guten Kompromiss bilde. Seiner Meinung nach sei die Diskussion zum Deichbau massiv verzögert worden, um jetzt einen gewissen Zeitdruck aufzumachen und Entscheidungsoptionen auszuschalten.

In diesem Zusammenhang bat er die Verwaltung darum, wirklich einen Standort herauszusuchen, der kurzfristig bebaut werden kann und langfristig Bestand hat und der nicht Interessen dient, die nicht von allen nachvollzogen werden können. Man sehe eine Gefahr, den Standort am Gimritzer Damm als einzigen in die Diskussion zu bringen, da es dort verschiedene Unwägbarkeiten gäbe.

Und wenn bei einer Planung von 14 Mio. Euro geredet wird, halte er die Diskussion über 70.000 Euro für eine Standortabwägung für lächerlich.

Auch werde bei anderen Standorten immer darauf verwiesen, dass dort ein Stück Privatgrundstück gekauft werden müsse und das Geld nicht vorhanden sei. Jedoch beim Standort Gimritzer Damm könne man problemlos 400.000 Euro für die Ablösung von verschiedensten Eintragungen, die noch auf dem Grundstück liegen, aufbringen.

Zu diesem Teil stimmte er den Ausführungen von Herrn Dr. Köck zu, dass in der Entscheidungsmatrix eine unterschiedliche Wichtung stattfinde, welche eine nicht nachvollziehbare Entscheidung vorlege.

Seine Fraktion werde den Änderungsantrag der SPD-Fraktion unterstützen und die Verwaltung bitten, schnellstmöglich ordentliche Planungen vorzulegen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat um eine ehrliche Antwort darauf, warum der Bau der Eissporthalle nur an dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort errichtet werden könne.

Herr Sieber, fraktionslos, wies darauf hin, dass jetzt Gelder für eine neue Eissporthalle da wären und es keinen Grund gäbe, die neue Halle wieder im Flutgebiet zu bauen. Diese könnte jetzt an einen anderen Standort umgesetzt werden. Außerdem halte er den Vergleich mit dem MMZ für falsch, da dies im Altstadtbereich liege.

Seiner Meinung nach müsse es einen Standort für die neue Eissporthalle geben, welcher nicht im Flutgebiet liegt. Damit könnte der Gimritzer Damm wieder in der alten Lage gebaut werden, um die Innenstadt weniger zu belasten. Er werde keiner Vorlage zustimmen, welche den alten Standort favorisiert.

In Bezug auf die Frage des Standortes führte **Herr Misch, CDU-Fraktion**, als Beispiel den Bau einer Ballsporthalle aus dem Jahr 1998 an. Damals wurden umfangreiche Standortuntersuchungen durchgeführt und als präferierter Standort das Kreuzvorwerk zugewiesen. Nach den Planungen bis zur Planungsstufe 2 wurde auf Grund der Finanzsituation die Investitionsmaßnahme gestrichen. Nach einer gewissen Zeit habe man wieder Standortuntersuchungen durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass der einst präferierte Standort nicht mehr geeignet war. Im Zuge dessen sei man jetzt zu einem Standort in Halle-Neustadt gekommen.

Aus diesem Grund bat **Herr Misch** um eine sachlich begründete Suche für einen sicheren Standort einer Eissporthalle.

Bezugnehmend auf die Aussagen zur Argumentation von Herrn Dr. Meerheim, die beiden Hallen zu entkoppeln, bat **Herr Müller, CDU-Fraktion**, um die schriftliche Bestätigung der Aussage der IB-Bank, dass Fördermittel nur gezahlt werden können, wenn die beiden Hallen baulich miteinander verbunden sind.

Zum Deichverlauf führte er aus, dass er es in der Veranstaltung mit Herrn Minister Dr. Aeikens so verstanden habe, dass das Land den Deichverlauf so geplant habe, weil die Stadt das so wollte. Seiner Meinung nach hätte auch von der Stadt ein anderer Deichverlauf angeregt werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand konnte den Anmerkungen von Herrn Müller zur IB-Bank nicht zustimmen. Er habe deutlich gemacht, dass die Interimslösung vollständig im Neubau mit verbaut werden müsse. Diese Aussage werde von der IB-Bank angefordert und den Stadträten zur Kenntnis gegeben.

Auf den Deichverlauf bezogen ergänzte er, dass die ersten Planungen schon vor dem Hochwasser 2013 stattgefunden hätten.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte das gemeinsame Interesse, den wirklich bestgeeigneten Standort für die Eissporthalle zu suchen. Er könne deshalb die Argumentation der Verwaltung nicht nachvollziehen und bat darum, diese wichtige Entscheidung von 14 Mio. Euro weiter zu fundieren.

Verweisend auf die Äußerungen von Herrn Beigeordneten Stäglin machte er deutlich, dass noch Aussagen zur Bereitstellung zusätzlicher Gutachten, zum Beispiel zum Baugrund und zum Immissionsschutz, einzuholen sind. Da diese Informationen noch nicht vorliegen, beruhe die Standortentscheidung auf unsicheren Grundlagen, welche sich massiv ändern können, wenn die entsprechenden Daten vorliegen.

Aus diesem Grund plädierte er nachdrücklich für die Erstellung der fehlenden Gutachten, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können. Aus seiner Sicht seien die Gutachten förderfähig mit Fluthilfemitteln und insofern sei das Argument der Aufwendung von 70.000 Euro für die Stadt nicht gegeben.

Zu den Risiken der Stadtortentscheidung am Gimritzer Damm äußerte sich **Herr Weirich** dahingehend, dass die Verweisung auf ein Eilverfahren zu unsicher sei. Man kenne die Entscheidung des Gerichtes nicht und die sofortige Entscheidung könnte auch abgelehnt und dem Hauptsacheverfahren überlassen werden. Damit hätte man für die nächsten Jahre ein Problem geschaffen.

Seiner Meinung nach könne man den Konflikten aus dem Weg gehen, indem die Deichlinie geändert wird, denn diese sei so nicht gewählt worden, wenn nicht die alte Eissporthalle an diesem Standort stehen würde.

Herr Weirich führte weiterhin aus, dass von Seiten des Landes avisiert ist, die Frist für die Anträge zu verlängern. Herr Verkehrsminister Webel habe die eindeutige Aussage der Fristverlängerung getroffen und insofern sei das Argument mit dem Zeitdruck nicht haltbar.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

zu **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum**
6.16.2.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage**
„Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12568

Abstimmungsergebnis:

erledigt
Änderungen übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert

- 2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der notwendigen Projektplanung in zwei **drei grundlegenden** Varianten und der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau sowie der Einreichung des Antrages. Diese Varianten sollen einen Neubau am Gimritzer Damm und an einem druckwasserfreien **die Standorte Nietlebener Straße (Standort 11 – Nietlebener Straße 1) sowie Blücherstraße (Standort 6a – nördlich Blücherstraße)** beinhalten. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zur berücksichtigen.*

zu 6.16.2 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage**
„Standort Eissporthalle“
Vorlage: V/2014/12552

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bau einer neuen Eissporthalle.
- ~~2. Der Stadtrat bestätigt den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung.~~
2. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der notwendigen Projektplanung in zwei **drei grundlegenden** Varianten und der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau sowie der Einreichung des Antrages. Diese Varianten sollen einen Neubau am Gimritzer Damm und an einem druckwasserfreien **die Standorte Nietlebener Straße (Standort 11 – Nietlebener Straße 1) sowie Blücherstraße (Standort 6a – nördlich Blücherstraße)** beinhalten. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zur berücksichtigen.*
3. Die Standortfestlegung des Neubaus erfolgt durch den Stadtrat nach Klärung aller planungsrechtlichen Sachverhalte am 25.06.2014.

zu 6.16 Standort der Eissporthalle Vorlage: V/2013/12362

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bau einer neuen Eissporthalle.
- ~~2. Der Stadtrat bestätigt den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung.~~
2. *Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der notwendigen Projektplanung in zwei **drei grundlegenden** Varianten und der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau sowie der Einreichung des Antrages. Diese Varianten sollen einen Neubau am Gimritzer Damm und an einem druckwasserfreien **die Standorte Nietlebener Straße (Standort 11 – Nietlebener Straße 1) sowie Blücherstraße (Standort 6a – nördlich Blücherstraße)** beinhalten. Hierbei ist die noch gutachterlich zu ermittelnde Schadenshöhe als Investitionsobergrenze zur berücksichtigen.*
3. Die Standortfestlegung des Neubaus erfolgt durch den Stadtrat nach Klärung aller planungsrechtlichen Sachverhalte am 25.06.2014.

8.13 unter **Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der** **6.16.3 Interimslösung Eissporthalle** behandelt **Vorlage: V/2014/12561**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat bestätigt den Standort Blücherstraße als Standort für die Interimslösung.

zu 6.17 Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte Vorlage: V/2013/12363

zu 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte" (Vorlagennummer: V/2013/12363) Vorlage: V/2014/12548

zu 6.17.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte, V/2013/12363 Vorlage: V/2014/12553

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte darüber dass die Vorlage und die Änderungsanträge im Kulturausschuss und im Finanzausschuss besprochen worden und die Verwaltung vorschlägt, die beiden Änderungsanträge zu übernehmen.

Diesbezüglich wies sie darauf hin, dass man auf Einnahmen verzichten werde, wenn Schulklassen ab der 8. Klasse das Museum besuchen. Diese Gelder können im Budget aufgefangen werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, begründete den Änderungsantrag ihrer Fraktion mit einer Erhöhung der Zuschüsse für Personalarbeit. Dazu habe man zu der ursprünglichen Fassung der Verwaltungsvorlage dahingehend eine Änderung vorgenommen, dass die Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer des Stadtmuseums wenigstens die Hälfte des Eintrittsgeldes zu zahlen haben.

Bezogen auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion machte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, darauf aufmerksam, dass der Förderverein dazu da sei, das Museum zu fördern. Aus diesem Grund sei es nicht notwendig, seinen Mitgliedern ermäßigten Eintritt zu gewähren und er könne dem nicht zustimmen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies in diesem Zusammenhang auf die Diskussionen in den Ausschüssen zu diesem Thema und darauf, dass diese Verfahrensweise des freien Eintritts der entsprechenden Fördervereine in Museen deutschlandweit üblich sei.

Mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion zum freien Eintritt für Schulklassen, wolle man ein Zeichen für die Schulen geben, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

**zu 6.17.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte, V/2013/12363
Vorlage: V/2014/12553**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen in Beschlussvorlage übernommen

Beschluss:

Paragraph 4 der Gebührensatzung wird um einen Punkt (5) mit nachfolgendem Wortlaut erweitert:

(5) Für Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Halle e. V. beträgt der Eintritt 2€.

Punkt (1) im Paragraphen 6 wird gestrichen.

**zu 6.17.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte" (Vorlagennummer: V/2013/12363)
Vorlage: V/2014/12548**

Abstimmungsergebnis:

erledigt

Änderungen in Beschlussvorlage übernommen

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzung für das Stadtmuseum Halle mit seinen Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm (Anlage 1) wird wie folgt geändert:

- in § 4 (2) wird die Regelung „Schulklassen (ab 8. Klasse) pro Tag pro Person 2,00 €“ gestrichen*
- in § 6 (5) wird der Text „bis einschließlich 7. Klasse“ gestrichen*

**zu 6.17 Gebührensatzung, Benutzungsordnung und Satzung über die Gemeinnützigkeit für das Stadtmuseum Halle und seine Standorte
Vorlage: V/2013/12363**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

2 Enthaltungen

Aus Sicht seiner Fraktion soll es auch darum gehen, den Sport in der Stadt Halle auf diesem Weg zu fördern.

Zum selben Thema erklärte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dass ihre Fraktion der Prüfung zustimmen könne. Sie bat die Fraktion DIE LINKE um eine Präzisierung des Antrages, welcher dann in den entsprechenden Ausschüssen zu diskutieren sei, da es das gleiche Problem der Fahrtkostenrückerstattung auch für Musikschüler oder andere gäbe.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Prüfung durch die Verwaltung erfolgte und ein weiterer Beschluss nicht mehr erforderlich ist.

Ebenso wie Frau Wolff verwies **Frau Haupt, SPD-Fraktion**, auf die Antwort der Verwaltung, mit dem Hinweis auf den Gleichbehandlungsgrundsatz für Sportschüler, wie auch für Musikschüler. Da die Prüfung durch die Verwaltung erfolgt ist, müsse jetzt ein entsprechender Antrag formuliert werden, um eine Diskussion in den Ausschüssen zuzulassen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bedankte sich bei Frau Wolff und der SPD-Fraktion und bestätigte die Auffassung, dass Prüfaufträge und Anträge nicht verwiesen werden sollten.

Er regte an, in der Hauptsatzung festzuschreiben, Prüfaufträge im Stadtrat entweder anzunehmen oder abzulehnen. Wenn das Ergebnis des Prüfauftrages feststeht, könnten die Einreicher dann entsprechende Sachanträge stellen.

Herr Lange sprach sich dagegen aus, dass tatsächlich eine Prüfung erfolgte. Dabei verwies er auf die Antwort der Verwaltung, in welcher eine detaillierte Darstellung fehle, welche Schüler es genau betreffen würde. Sollte der Antrag abgelehnt werden, könne kein weiterer Antrag gestellt werden, da die Informationsbasis nicht ausreiche.

Abschließend bat **Herr Lange** darum, dem Antrag zuzustimmen und der Verwaltung erneut einen Prüfauftrag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale) für die Ausübung ihres Sportanteils in der schulischen Ausbildung eine Fahrtkostenrückerstattung bekommen.

zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrensständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: V/2013/12273

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:**mehrheitlich zugestimmt****Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. bei allen Planungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung über Inhalt, Verfahrensstand und Beteiligungsmöglichkeiten auf der stadt eigenen Internetseite kontinuierlich und von Beginn an zu informieren. Entsprechende Informationen sollen unmittelbar nach dem Aufstellungs-/Änderungsbeschluss durch den Stadtrat bzw. unmittelbar nach Verfahrensbeginn veröffentlicht werden.
2. Bestandteile der Information sollen mindestens sein:
 - Daten zum Verfahren (Aufstellungsdatum, Vorlagennummer usw.)
 - planungsrechtliche Grundlage mit Paragrafenverweis (z.B. Verfahren nach § 13a BauGB, B-Plan der Innenentwicklung)
 - alle Texte und Pläne wie sie bereits in Session vorliegen (ggf. Verlinkung zur entsprechenden Vorlagenseite)
 - In welche Phase befindet sich das Verfahren (Aufstellungsbeschluss, Auslage o.ä.)? Welche Phasen wurden abgeschlossen, welche stehen noch bevor?
 - Wann, wo und wie können sich Bürgerinnen voraussichtlich beteiligen (geplante Bürgerversammlungen, Offenlage usw.)?

zu 7.7 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten**
Vorlage: V/2013/12114

zu 7.7.1 **Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)**
Vorlage: V/2013/12155

Frau Raab, FDP-Fraktion, fasste die Diskussionen zum Antrag ihrer Fraktion zusammen und informierte darüber, dass im Rahmen einer thematischen Verknüpfung zur Gebührensatzung festgestellt wurde, dass insgesamt betrachtet sich die Leistungen durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten im Vergleich zu den freien Trägern teurer darstellten.

Mit dem Antrag soll eine Untersuchung bezüglich der Kosten veranlasst und dafür gesorgt werden, dass sich der Eigenbetrieb Kindertagesstätten nicht weiter vergrößert, bis eine Klärung der höheren Kosten erfolgt ist.

Ebenso sollte über Konsequenzen nachgedacht werden, den teureren Anbieter aus Kostengründen teilweise oder gänzlich aufzuteilen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, verwies auf die Begründung des Änderungsantrages, in welcher sich der Monat Januar in Monat Mai 2014 geändert habe, es um eine ergebnisoffene Untersuchungen gehe und bat um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass bei einem Vergleich auch herauskommen könnte, dass ein freier Träger teurer ist als der Eigenbetrieb und ihre Fraktion dem Änderungsantrag der drei Mitglieder der CDU-Fraktion zustimmen werde.

Bezüglich des Änderungsantrages bat **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, um eine getrennte Abstimmung und begründete dies damit, dass man ab 2015 eine andere Finanzierungsgrundlage als bisher habe. In Zukunft seien Kostenblöcke enthalten, die heute bei den freien Trägern keine Berücksichtigung finden, wie zum Beispiel die Abschreibungen.

Im zweiten Beschlusspunkt werde unterstellt, dass es kein Konzept für die langfristige Qualität von Kindereinrichtungen der Stadt gäbe. Die Stadt sei aber diesbezüglich gut aufgestellt und er gehe davon aus, dass in den Kitas eine gute Qualität der Betreuung von Kindern, unabhängig von den Trägern, geleistet wird.

Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Punkt 2 des Änderungsantrages nicht zustimmen.

Frau Haupt, SPD-Fraktion, fügte hinzu, dass sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Ausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten einstimmig den beiden Punkten im Änderungsantrag der drei CDU-Stadträte zugestimmt wurde.

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der Stadträte Hildebrandt, Schachtschneider und Scholtyssek (alle CDU) zum Antrag der FDP-Fraktion Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten (V/2013/12114)
Vorlage: V/2013/12155**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Einzelpunkt Abstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt
1 Enthaltung

B.-Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens ~~Januar~~ Mai 2014 das Ergebnis vor.
2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) - Stopp der weiteren Vergrößerung des Eigenbetriebs Kindertagesstätten
Vorlage: V/2013/12114**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung untersucht ergebnisoffen die Kostenstrukturen des Eigenbetrieb Kita pro Platz im Verhältnis zu den freien Trägern und legt dem Stadtrat bis spätestens ~~Januar~~ Mai 2014 das Ergebnis vor.
2. Anhand dieser Untersuchung legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Beschluss zur Schaffung organisatorischer und struktureller Voraussetzungen für die langfristige Sicherung der Qualität von Kindertagesstätten in der Stadt Halle vor.

zu 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen Vorlage: V/2013/12313

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erwähnte, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage: V/2013/12313 in den jetzt vorliegenden Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM übernommen wurde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies auf den schlechten Zustand der Spielplätze in der Stadt. Aus diesem Grund könne er die Antwort der Verwaltung nicht nachvollziehen, da eine Erledigung des Antrages nicht gegeben sei. Auch habe sich jetzt durch die Änderung des Beschlussvorschlages eine andere Situation ergeben.

Er finde es bedauerlich, wenn zu oft an Spielplätzen gespart werde und Spielplätze, die durch bürgerschaftliches Engagement errichtet worden, nach kurzer Zeit wieder gesperrt werden, weil die Stadt die laufende Unterhaltung nicht sicherstellen kann.

Ziel des Antrages sei nicht nur, möglichst schnell die gesperrten Spielplätze instandzusetzen, sondern eine Prioritätenverschiebung vorzunehmen, um die Investitionen, die die Bürger geleistet haben, zu erhalten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass nach der Diskussion im Ordnungs- und Umweltausschuss die Stellungnahme mit Datum vom 24.02.2014 überarbeitet und durch die Verwaltung die Empfehlung gegeben wurde, den Antrag anzunehmen.

Da diese Stellungnahme den Stadträten nicht vorliegt, sagte **Herr Beigeordneter Stäglin** eine Prüfung des Sachverhaltes zu.

Desweiteren informierte er über den im Haushalt beschlossenen Ansatz für Spielplätze. Damit habe man die Möglichkeit, die jetzt notwendige Reparatur, die nach den TÜV-Überprüfungen bei den teilweise zeitlich gesperrten Spielplätzen vorzunehmen ist, zu ermöglichen. Durch den Haushaltsansatz können alle im Moment gesperrten Spielplätze in diesem Jahr schnellstmöglich wieder instandgesetzt werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, lehnte im Namen seiner Fraktion den Antrag ab, da sie nicht mit dem Beschlussvorschlag der Antragsteller übereinstimmen, welcher sich nur auf den Spielplatz am Landesmuseum und die Spielplätze mit bürgerschaftlichen Engagement beziehen.

Nach Auffassung seiner Fraktion müssten alle Spielplätze im Stadtgebiet in der Prioritätensetzung für eine Instandsetzung Berücksichtigung finden.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass es die verschiedensten Spielplatzpaten gäbe und eine quartalsweise Berichterstattung von der Verwaltung dazu geprüft werden sollte.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim stellte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, noch einmal klar, dass im zweiten Teil des übernommenen Beschlussvorschlages die Verwaltung aufgefordert werde, eine komplette Liste der im Moment gesperrten Spielplätze zu erstellen. Damit habe man sich nicht auf ausgewählte Stadtgebiete festgelegt.

Zum Spielplatz am Landesmuseum merkte sie an, dass dieser in einem Gebiet liege mit wenig Spielraum für Kinder und der auch durch das öffentliche Interesse am Landesmuseum eine große Bedeutung habe.

Herr Misch, CDU-Fraktion, appellierte an Herrn Dr. Meerheim, seine Entscheidung zu überdenken. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Diskussionen im Ordnungs- und Umweltausschuss in welcher herauskam, dass es den Einreichern des Antrages darum ging, die öffentliche Wahrnehmung der Spielplätze und besonders des Spielplatzes am Landesmuseum zu verbessern.

Mit dem Beschluss des Antrages soll erreicht werden, den Bedarf an Instandsetzungsmaßnahmen an Spielplätzen zu prüfen. Auch könnte noch ergänzt werden, an welchen Spielplätzen mutwillige Zerstörungen festzustellen sind und wo altersbedingte Erscheinungen zur Schließung der Spielplätze geführt haben.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwahrte sich gegen die Unterstellung, dass in Bezug auf das Beispiel mit dem Spielplatz am Landesmuseum eine Bevorzugung von „Bessergestellten“ beabsichtigt sei. Es gehe darum, für alle Kinder gleichgute Bedingungen zu schaffen, damit sie in ihrem Wohnumfeld einen schönen Spielplatz vorfinden.

Herr Dr. Meerheim machte den Vorschlag, den Beschluss dahingehend zu ändern, hinter dem Satz: *„Vorrang ist dabei solchen Spielplätzen einzuräumen, bei denen ein besonderer Bedarf besteht“* einen Punkt zu setzen und den danach folgenden Satz zu streichen. Mit dieser Änderung könne auch seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Sieber, fraktionslos, stimmte den Anmerkungen von Herrn Dr. Meerheim zu und führte als Beispiel die Stadtgebiete Dölau und Lettin an. In Dölau wurde ein Spielplatz durch ehrenamtliches Engagement wiederhergestellt, dem gegenüber es in Lettin ein solches Engagement nicht gäbe und auch keine Spielplätze. Aus diesem Grund begrüße er die Änderung von Herrn Dr. Meerheim, damit alle Stadtgebiete in die Spielplatzübersicht aufgenommen werden.

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, machte deutlich, den Antrag wie vorliegend zu belassen, da man sich im Ordnungs- und Umweltausschuss nach langer Diskussion auf diesen Kompromiss verständigt habe.

Neben der Prioritätensetzung sei auch der touristische Aspekt ein guter Grund, den Spielplatz am Landesmuseum besonders hervorzuheben, was aber nicht heißt, dass die anderen Spielplätze nicht beachtet werden.

zu 7.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktion
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten
Spielplätzen - Vorlage: V/2013/12313**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, derzeit gesperrte Spielplätze – ~~soweit damit kein unangemessen hoher Kostenaufwand verbunden ist~~ – instand zu setzen und diese dadurch zeitnah wieder nutzbar zu machen. Vorrang ist dabei solchen Spielplätzen einzuräumen, **bei denen ein besonderer Bedarf besteht**. ~~Und die erst in den letzten Jahren errichtet wurden, insbesondere der Spielplatz am Landesmuseum, sowie Spielplätzen, die unter Mitwirkung von bürgerschaftlichem Engagement entstanden sind.~~

Bis zur Stadtratssitzung im März 2014 legt die Stadtverwaltung eine Übersicht über alle aktuell komplett oder teilweise gesperrten Spielplätze im Stadtgebiet vor und informiert darüber, welche der Anlagen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und Mitteln aus der Fluthilfe in welchem Zeitraum im Jahr 2014 instandgesetzt werden sollen.

zu 7.8 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen
Vorlage: V/2013/12313**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, derzeit gesperrte Spielplätze – ~~soweit damit kein unangemessen hoher Kostenaufwand verbunden ist~~ – instand zu setzen und diese dadurch zeitnah wieder nutzbar zu machen. Vorrang ist dabei solchen Spielplätzen einzuräumen, **bei denen ein besonderer Bedarf besteht**. ~~und die erst in den letzten Jahren errichtet wurden, insbesondere der Spielplatz am Landesmuseum, sowie Spielplätzen, die unter Mitwirkung von bürgerschaftlichem Engagements entstanden sind.~~

Bis zur Stadtratssitzung im März 2014 legt die Stadtverwaltung eine Übersicht über alle aktuell komplett oder teilweise gesperrten Spielplätze im Stadtgebiet vor und informiert darüber, welche der Anlagen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und Mitteln aus der Fluthilfe in welchem Zeitraum im Jahr 2014 instandgesetzt werden sollen.

**zu 7.10 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen
Vorlage: V/2013/12186**

Zur Begründung des Antrages erklärte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dass damit erreicht werden soll, dass sich die Stadtverwaltung in ihrer Außendarstellung als öffentliche Behörde in der Frage der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern beispielhaft verhält und in ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf geschlechterstereotype Darstellungen verzichtet.

Das Thema wurde in die Europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern aufgenommen, die der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen verfasst hat und dem viele andere Städte bereits gefolgt sind.

Dabei gehe es nicht um zwingende Vorschriften für den Sprachgebrauch oder Tabuisierung von Begriffen, sondern es gehe darum, dass sich die Stadt nach außen geschlechtersensibel präsentiert. Auch bleibe die Umsetzung des Antrages der Verwaltung selbst überlassen.

Aus diesem Grund könne sie die von der Verwaltung abgegebene Stellungnahme, dass eine Verwaltungsvorschrift notwendig wäre, die in der Hoheit des Oberbürgermeisters liege, nicht nachvollziehen. **Frau Krausbeck** wies darauf hin, dass jeder Stadtratsbeschluss eine Umsetzung in der Verwaltung erfordere, die in der Organisation des Oberbürgermeisters liege.

Gleichwohl sei die Stadt zur sprachlichen, geschlechtergerechten Sprache in der Verwaltung verpflichtet, da es ein Landesgesetz gäbe, mit dem auch die Kommunen in Sachsen-Anhalt dazu verpflichtet sind, in ihren sprachlichen Formulierungen die Gleichstellung von Frauen und Männern zu befördern.

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte sein Unverständnis zur Stellungnahme der Verwaltung, dass es sich um eine Sache des eigenen Wirkungsbereiches des Oberbürgermeisters handeln würde. Der Beschluss habe eine Bindungswirkung und läge damit im Kernbereich der Verwaltung, der durch den Oberbürgermeister zu organisieren sei. Er fragte, ob Herr Oberbürgermeister bei einer Beschlussfassung dazu in Widerspruch gehen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Formulierung in der Antwort der Verwaltung laute: „Der Antrag mit der Formulierung „zu orientieren“ hat rechtlich keine Bindungswirkung auf die Verwaltung und ist unschädlich.“ Damit stehe es dem Stadtrat frei, zu entscheiden und zu beschließen.

Frau Dr. Wünschler, CDU-Fraktion, sprach sich gegen einen Beschluss zu diesem Antrag aus. Ebenso stellte sie die Nützlichkeit solcher Anträge infrage, um in der Gleichstellungsproblematik voranzukommen.

Auch **Frau Raab, FDP-Fraktion**, schloss sich den Aussagen von Frau Dr. Wünschler an. Die Diskussion zum Thema Gender insgesamt werde nur von einer Elite geführt und habe mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun. Deshalb werde der Antrag von ihrer Fraktion abgelehnt.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, machte deutlich, dass sich ihre Fraktion inhaltlich den Ausführungen von Frau Krausbeck anschließen. Da man die Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf kommunaler Ebene beschlossen habe, sei der Antrag eine logische Konsequenz.

Abstimmungsergebnis:**mehrheitlich zugestimmt**

21 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

10 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich zukünftig bei städtischen Veröffentlichungen (z.B. Homepage, Amtsblatt, Flyer, Broschüren) an einer Sprache, Symbol- und Bildauswahl ohne Geschlechterstereotype zu orientieren.

**zu 7.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6
Vorlage: V/2013/12307**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass sich Einstellung der Straßenbahnlinie 6 das Nahverkehrsangebot vor allem zwischen dem Bereich Ludwig-Wucherer-Straße und Marktplatz deutlich verschlechtert habe.

Besonders zeige die Tatsache, dass die Linie 1E, welche samstags auf dieser Strecke fährt, deutlich, dass für diese Verbindung ein Bedarf vorhanden ist und es sei nicht nachvollziehbar, warum dies nur samstags der Fall sein sollte und nicht auch Wochentags.

Im Antrag werde um die Prüfung gebeten, ob die Linie 6 bzw. die Verbindung von der Ludwig-Wucherer-Straße zum Markt weiter aufrecht erhalten werden kann, welche Möglichkeiten dazu bestehen und unter welchen Bedingungen dies gewährleistet werden kann.

Mit dem Prüfauftrag soll eine Diskussion hervorgerufen werden, auch im Hinblick auf den zukünftigen Nahverkehrsvertrag, um hier noch einmal tätig werden zu können.

Abstimmungsergebnis:**mehrheitlich zugestimmt****Beschluss:**

Der Stadtrat bittet die Geschäftsführung der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) zu prüfen, ob die bisherige Straßenbahnlinie 6 wieder in Betrieb genommen werden kann.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Antrag der Stadträte Andreas Schachtschneider und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur standardisierten Prüfung des Neustädter Zentrums bei Neubauvorhaben
Vorlage: V/2014/12460**

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bedankte sich für die positive Stellungnahme der Verwaltung und bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung prüft bei allen eigenen Neubaumaßnahmen von Gebäuden eine Realisierung im Zentrum Halle-Neustadt, unter Einbeziehung der vorhandenen Hochhausscheiben, es sei denn, dass eine Realisierung an diesem Standort von vornherein aus bauplanungsrechtlichen Gesichtspunkten nicht in Frage kommt.

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zur stärkeren Nutzung der Bahninvestitionen für die Stadtentwicklung
Vorlage: V/2014/12461**

Im Namen von Herrn Hildebrandt brachte **Herr Müller, CDU-Fraktion**, den Antrag ein und führte aus, dass damit erreicht werden soll, die Flächen um das Bahnhofsgelände in die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt einzubeziehen.

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beurteilte ebenfalls den Antrag positiv, da es ein wichtiger Punkt für die Stadt Halle sei, sich mit der veränderten Situation im Hinblick auf das deutlich verbesserte Fernverkehrsangebot auseinanderzusetzen.

Zur weiteren Diskussion verwies er den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss und in den Wirtschaftsförderungsausschuss.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE, schlug als Ergänzung vor, in erster Linie die Entwässerung der Bahnanlagen im Bereich Dautzsch zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Erhaltungssatzungen auf ihre städtebauliche Notwendigkeit und ihre praktische Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und dem Stadtrat bis zum 31. Mai 2014 Vorschläge zur möglichen Abwägung vorzulegen.

Sämtliche bestandsfähigen Erhaltungssatzungen sind auf www.halle.de jeweils mit einer Gebietskarte zu veröffentlichen.

zu 8.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Wohnmobilstellplätzen in Halle Vorlage: V/2014/12486

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass es auf Grund des Antrages mehrere Rückmeldungen zu diesem Thema gegeben hat, da es wahrscheinlich einen hohen Bedarf an Wohnmobilstellplätzen in Halle gäbe. Es müsse geprüft werden, ob ca. 20 bis 25 Stellplätze für Wohnmobile mit den entsprechenden Voraussetzungen vorgehalten werden könnten.

Herr Sieber, fraktionslos, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der entstehenden Kosten und machte deutlich, dass es ausreichend sei, normale Stellplätze für die Wohnmobile vorzuhalten, da sich diese selbst mit Wasser und Strom versorgen würden.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte den Vorschlag, als Standort den neu gebauten Sophienhafen in der Hafestraße vorzuhalten, welcher auch über die geforderte Infrastruktur und Parkplätze verfüge.

Frau Raab, FDP-Fraktion, unterstützte im Namen ihrer Fraktion den Antrag. Der Wohntourismus habe sich geändert. Durch den Städte- und Individualtourismus sind zentrumsnahe Wohnmobilstellplätze durchaus wichtig und stelle einen weiteren Beitrag zur Tourismusförderung dar.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, schlug vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, hinter dem Wort „... Prüfergebnis - *und einen Beschlussvorschlag* – vorzulegen“ einzufügen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass der Änderungsantrag von Herrn Dr. Meerheim von der SPD-Fraktion übernommen wurde.

In Bezug auf die anstehenden Kosten bei der Einrichtung von Wohnmobilstellplätzen verwies **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, auf die Kostenvorlage des Stellplatzes in der Fährstraße. Er regte an, den Antrag mit der möglichen Anzahl von Stellplätzen zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen innenstadtnahen Standort für einen Wohnmobilstellplatz zu suchen und ein mit einer Kostenbetrachtung für die Herstellung des betreffenden Platzes untersetztes Prüfergebnis **und einen Beschlussvorschlag** vorzulegen.

zu 8.5 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu Spontanpartys Vorlage: V/2014/12475

Frau Raab, FDP-Fraktion, berichtete darüber, dass alle Fraktionen ein Schreiben von einem Investor und den Bewohnern der Hafenstraße und des Sophienhafens erhalten haben, welches von der Relevanz der Einwendungen überzeugte.

Aus diesem Grund habe sie sich die Beschreibung von Spontanpartys auf Halle.de herangezogen und festgestellt, dass drei Darstellungen von Spontanpartys unterschieden werden:

1. Spontanpartys auf privaten Grundstücken: „ . . . Wird die Nachbarschaft beeinträchtigt, schreitet die Polizei ein.“
2. Dann gäbe es eine zweite Form von Spontanpartys auf privatem Grundstück mit Ausdehnungsmöglichkeiten auf den öffentlichen Raum. Da werde allgemein darauf verwiesen, dass man das nach Gefahrenlage verhindern könnte.
3. Und Spontanpartys komplett auf öffentlichem Grund. Da stehe in der Verordnung „Lärmwirkungen dürfen keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeiführen. Die Zumutbarkeitsgrenze ist dabei auf Grund einer umfassenden Würdigung aller Umstände des Einzelfalls zu bestimmen.“

Bezüglich der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters auf die Frage eines Bürgers in der Einwohnerfragestunde zu Spontanpartys, dass dieser in einer Großstadt lebe und ein gewisser Lärmpegel vorhanden sei, merkte **Frau Raab** an, dass sie diese Antwort nicht nachvollziehen könne. Es gehe nicht um Straßenlärm, sondern um die Störung der Nachtruhe.

Aus diesem Grund machte sie deutlich, dass der Standort Würfelwiese für Spontanpartys ungeeignet ist und die anderen Standorte einer gewissen Überprüfung unterzogen werden sollen. In diesem Zusammenhang führte sie aus, dass kommerzielle Veranstalter an der nächsten Wohnbebauung Lärm messen lassen müssen. Die gleiche Auflage sollte den Spontanpartyveranstaltern auferlegt werden, um eine Vergleichbarkeit herzustellen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Ordnung und Umweltausschuss, um das Problem der Spontanpartys auf der Würfelwiese mit den entsprechenden Mitarbeitern des Veranstaltungsbereiches und des Ordnungsamtes zu erörtern.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, stellte die Frage nach den Mitwirkungsrechten des Stadtrates und merkte an, dass die Durchführung der Partys übertragener Wirkungskreis sei, der Stadtrat aber die Auswahl der Standort mitbestimmen könne.

Die Frage von Herrn Scholtyssek wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend beantwortet, dass das Einschreiten im Hinblick auf Gefahrenabwehr, Lautstärke oder ähnliches bei Veranstaltungen im übertragenen Wirkungskreis gemeinsam mit der Polizei wahrgenommen werde.

Wenn ein Veranstaltungsort nicht gewünscht werde, sei es eigener Wirkungskreis und es könnte theoretisch ein Ort gestrichen werden. Dies sei eine Angelegenheit des Stadtrates.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Würfelwiese wird aus der Liste der zugelassenen Plätze für Spontanpartys gestrichen.

Alle anderen Plätze werden unter dem Gesichtspunkt der Abwägung der Interessen der betroffenen Anwohner nochmal überprüft.

Als betroffene Anwohner im Sinne dieses Beschlusses sind alle Bewohner von Wohnungen zu verstehen, deren Wohnungen sich in Reichweite der vorgegebenen Schallobergrenze befinden.

Auch bei den Spontanpartys erfolgt die Messung an der nächsten Wohnbebauung und entspricht den Grenzwerten kommerzieller Veranstaltungen.

**zu 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Unterhaltungsverband
"Untere Saale"
Vorlage: V/2014/12476**

Laut der Ausführungen von **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, basiere der Antrag ihrer Fraktion auf der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Unterhaltungsverband „Untere Saale“. Diese Mitgliedschaft koste im Jahr 158.000 Euro. Da es bisher keine Berichte über die Tätigkeiten in diesem Verband gab, sei eine Erörterung zu diesem Thema notwendig.

Frau Fleischer verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Bezüglich der Beschlusspunkte des Antrages machte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, darauf aufmerksam, diese in der Form zu konkretisieren, um eine Beschlussfassung herbeiführen zu können.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion
in den

Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge dem Stadtrat darlegen,

- wie die Stadt Halle im Unterhaltungsverband (UHV) Untere Saale vertreten wird,
- wie der Stadtrat in Entscheidungen des UHV einbezogen werden kann,
- welchen Einfluss die Stadt Halle im UHV hat,

- welche Vorhaben des UHV auf Antrag der Stadt Halle umgesetzt wurden,
- welche „Vorhaben zur naturnahen Gewässerentwicklung“ zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union vom Unterhaltungsverband Untere Saale auf dem Gebiet der Stadt Halle beantragt bzw. umgesetzt wurden.

zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12477

zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale) (Vorlagen-Nr.: V/2014/12477)
Vorlage: V/2014/12566

Frau Raab, FDP-Fraktion, machte deutlich, dass ihre Fraktion eine Auflistung der Brachflächen in der Stadt Halle wünsche, um Anfragen für mögliche Nutzerinteressen besser beantworten zu können. Die Verwaltung habe eine positive Stellungnahme dazu abgegeben und ihre Fraktion werde die Aufarbeitung der Darstellung weiter begleiten, um den Antrag dann auch in den Gremien zu diskutieren.

Desweiteren bat sie die Fraktion DIE LINKE um eine Darstellung des Unterschiedes des Änderungsantrages zum Antrag ihrer Fraktion.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte, dass man aus dem Sollantrag einen Prüfauftrag gemacht habe.

Erfahrungsgemäß sei es mit einem erheblichen Aufwand verbunden, ein solches Kataster zu erstellen und dies auch in Zukunft zu pflegen. In der Begründung wurde auf einige Städte verwiesen, welche auf Grund des hohen Aufwandes die Pflege der Daten nicht mehr fortgeschrieben haben.

Mit dem Änderungsantrag werde die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob ein solches Konzept für die Stadt Halle sinnvoll ist und wie es in der Umsetzung aussehen soll.

Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim merkte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass er die Prüfungsnotwendigkeit nicht nachvollziehen könne, da die Verwaltung in ihrer Stellungnahme den Anfang der Umsetzung des Vorschlages der FDP-Fraktion schon signalisiert habe.

Auch **Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stimmte der positiven Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion zu, da auch vor dem Hintergrund des zusätzlichen Bedarfs an Wohnflächen in der Kernstadt dieser Bedarf in die richtige Richtung gelenkt werden müsse.

Da jetzt der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vorliege und mit diesem der Stadtverwaltung Gelegenheit zur Darlegung des aktuellen Standes gegeben wird, werde seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen. Auf der Grundlage der Antwort des Prüfungsergebnisses der Verwaltung könne konkret diskutiert werden, was in der Stadtverwaltung umgesetzt werden soll.

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf die Anmerkungen von Herrn Häder und stellte klar, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion vor dem Eingang der Stellungnahme der Verwaltung gestellt wurde. Es gehe seiner Fraktion nicht nur um die Erstellung eines Katasters, sondern auch um die Pflege danach und welcher Nutzen daraus gezogen werden soll.

Auch soll im Zusammenhang mit dem ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) der Nutzen eines solchen Katasters definiert werden.

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale) (Vorlagen-Nr.: V/2014/12477)
Vorlage: V/2014/12566**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Verwaltung prüft die Erstellung eines Brachflächenkatasters und legt dem Stadtrat dazu bis zum Ende Mai 2014 eine mögliche Konzeption vor.
2. Die Verwaltung stellt dar, wie ein solches Instrument die integrierte Stadtplanung unterstützen kann und welcher Aufwand dafür notwendig ist.

**zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Brachflächenkataster der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12477**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung prüft die Erstellung eines Brachflächenkatasters und legt dem Stadtrat dazu bis zum Ende Mai 2014 eine mögliche Konzeption vor.
2. Die Verwaltung stellt dar, wie ein solches Instrument die integrierte Stadtplanung unterstützen kann und welcher Aufwand dafür notwendig ist.

**zu 8.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Beteiligung des Kinder- und Jugendbeauftragten in die Arbeit der Fachausschüsse
Vorlage: V/2014/12514**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, nahm zur Antwort der Verwaltung mit der Empfehlung, den Antrag für erledigt zu erklären, Stellung. Die Verwaltung verweise darauf, dass der Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt jederzeit themenabhängig an den Fachausschusssitzungen teilnehmen könne, soweit Kinder- und Jugendinteressen berührt sind. Auch haben die Beauftragten immer Rederecht.

Mit dem Antrag soll sichergestellt werden, dass eine Selbstverständlichkeit der Entsendung des Kinder- und Jugendbeauftragten in die verschiedensten Ausschüsse hergestellt wird und dieser Stellungnahmen aus seinem Erfahrungsbereich in den Ausschüssen abgeben kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte die Auffassung von Herrn Wolter.

Daraufhin erklärte **Herr Wolter** den Antrag für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Kinder- und Jugendbeauftragten in die Arbeit aller Fachausschüsse des Stadtrates einzubeziehen und anzuhören, soweit Themen der Kinder- und Jugendarbeit beraten werden.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Ausstattung des Stadtschülerrates
Vorlage: V/2014/12511**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte zur Zielstellung des Antrages aus, die Arbeit des Stadtschülerrates dahingehend unterstützen zu wollen, dass durch die Verwaltung ein Raum mit entsprechender Büroausstattung unverzüglich zur Verfügung gestellt wird.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Umsetzung des Antrages in der nächsten Woche zugesichert.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung mit der Feststellung, dass der vorliegende Antrag in die Organisationshoheit der Verwaltung eingreife und deshalb gesetzwidrig sei und erklärte, dass er sich an der Abstimmung eines gesetzwidrigen Antrages nicht beteiligt.

Auf Grund der Erklärung des Oberbürgermeisters zur Umsetzung des Antrages in der nächsten Woche erklärte **Herr Häder** den Antrag für erledigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bot Herrn Häder an, künftig bei solchen Problemen mit ihm zu sprechen, um eine schnellere Umsetzung veranlassen zu können. Bezüglich der Rechtswidrigkeit des Antrages stimmte er den Aussagen von Herrn Misch zu.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat darum, dem Stadtschülerrat eine fachliche pädagogische Kraft an die Seite zu stellen.

Herr Misch erinnerte an seine Anregung aus der letzten Ratssitzung, vor Festlegung der Tagesordnung eine Prüfung vornehmen zu lassen, welche Anträge auf die Tagesordnung kommen dürfen und welche nicht. Dazu sollte eine Stellungnahme des Rechtsamtes eingeholt werden, Herr Oberbürgermeister habe eine Veranlassung dazu bestätigt.

Nach Ansicht von **Herrn Misch** sollten die in der Verwaltung eingehenden Anträge vom Rechtsamt bewertet werden. Bei Unrechtmäßigkeit sei es in Rückkopplung der Verwaltung notwendig, sich mit den Stadträten in Verbindung zu setzen und den weiteren Verfahrensweg festzulegen.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtschülerrat für dessen Tätigkeit einen eigenen Büroraum inkl. einer angemessenen Büroausstattung (Schreibtisch, Regal für Ordner, Computer, Drucker, Möglichkeit zum Kopieren) zur Verfügung zu stellen.

zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplans für den Riebeckplatz
Vorlage: V/2014/12507

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die positive Stellungnahme der Verwaltung.

Seit Jahren gäbe es das Problem am Riebeckplatz, dass einzelne Baumaßnahmen unabhängig voneinander umgesetzt werden und ein Leitbild für diese große Fläche mitten in der Stadt fehlt. In diesem Zusammenhang begrüße er die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, welches eine Leitlinie für alle weiteren Baumaßnahmen in diesem Bereich sein soll.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, einen öffentlichen Prozess inklusive BürgerInnenbeteiligung zur Erstellung eines städtebaulichen Konzepts für die städtebauliche Gestaltung und Entwicklung des gesamten Riebeckplatz-Areals in die Wege zu leiten.
2. Der Betrachtungsbereich soll dabei die Fläche von der Magdeburger Straße/Einmündung Anhalter Straße im Norden bis zur ersten Gleisüberführung/Beginn der Delitzscher Straße im Osten, bis zur Kreuzung Merseburger Straße/Rudolf-Ernst-Weise-Straße/Willy-Brandt-Straße im Süden und der Einmündung Franckestraße/Höhe Haus des Lehrers im Westen umfassen.
3. Auf der Grundlage dieses städtebaulichen Konzepts legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zur Entscheidung vor.

zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sauberkeit des Hufeisen-seegeländes Vorlage: V/2014/12504

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte zum Antrag ihrer Fraktion dar, dass durch Ortsbegehungen und Gespräche mit Anwohnern festgestellt wurde, dass es insbesondere in den Frühlings- und Sommermonaten vermehrt zu Müllanhäufungen auf dem Hufeisenseegelände komme.

Zur Aufwertung des Gebietes werde durch ihre Fraktion gebeten, mehr geeignete Abfallbehälter aufzustellen und diesen Bereich saisonal mit in die Abfallentsorgung einzubeziehen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss, den Ordnung und Umweltausschuss und in den Finanzausschuss. Er regte an, sich in den Ausschüssen darüber zu verständigen, auch an anderen Badeorten der Stadt, wie zum Beispiel dem Kanal in Halle-Neustadt, eine solche Müllentsorgung zu veranlassen.

Im Hinblick auf die Antwort der Verwaltung zur Aufstellung eines großen Containers an der Zufahrt zum Hufeisenseegelände merkte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, dass es sinnvoller wäre, Abfallbehälter in der Nähe der Wege und den Aufenthaltsflächen aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den

**Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**
sowie

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährlich zwischen Mai und September rund um den Hufeisensee geeignete Abfallbehälter aufzustellen und regelmäßig entleeren zu lassen.

zu 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fahrradmitnahme in Straßenbahnen und Bussen Vorlage: V/2014/12503

Zur Begründung des Antrages führte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, aus, dass die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern außerhalb der Berufs- und Schülerverkehrszeiten geprüft werden soll.

Ein Aspekt dafür sei auch der Erwerb von zusätzlichen Fahrradtickets, welcher nicht an jeder Haltestelle möglich ist. Außerdem wäre es benutzerfreundlich, wenn die Fahrräder außerhalb von Berufs- und Schülerverkehrszeiten und wenn genügend Platz in den Fahrzeugen ist, kostenlos mitgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung in Abstimmung mit der Geschäftsführung der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Fahrräder in Straßenbahnen und Bussen in Halle außerhalb von Berufs- und Schülerverkehrszeiten bei ausreichend verfügbarem Platz im Fahrzeug künftig kostenlos mitgenommen werden können.

zu 8.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Standort der Interimslösung Eissporthalle Vorlage: V/2014/12561

Dieser Tagesordnungspunkt wurde schon unter TOP 6.16.3 behandelt.

zu 8.14 Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ Vorlage: V/2014/12377

zu 8.14.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP, und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ Vorlage: V/2014/12567

zu 8.14.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ

Vorlage: V/2014/12571

Bezogen auf das Gutachten zum MMZ fragte **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, weshalb nicht längst ein umfänglicheres Gutachten erstellt wurde, obwohl es seit August 2013 eine eindeutige Positionierung vom Aufsichtsrat und auch aus der Staatskanzlei dazu gäbe. Auch sei die Förderfähigkeit gegeben, so dass der Haushalt der Stadt nicht zusätzlich belastet werde.

Die Kosten für eine Kaimauer zum Hochwasserschutz an dieser Stelle würden sich auf über 2 Mio. Euro beziffern.

Frau Dr. Wünscher führte weiterhin aus, dass es ein klares Bekenntnis zum Standort, sowohl vom Land als auch vom Aufsichtsrat gäbe. Ebenso stelle der jetzige Standort des MMZ keinen wirtschaftlichen Totalschaden dar, da alle Bereiche, außer in den Untergeschossen, wieder in Betrieb sind. Mehr als 50 Firmen und auch die Universität seien branchenspezifisch dort eingezogen.

In Bezug auf die Fördermittel verwies **Frau Dr. Wünscher** auf die Fördermittelbindung in Höhe von 20 Mio. Euro bis zum Jahr 2020 und darauf, dass sich die Stadt schon aus diesem Grund immer mit dem Standort MMZ auseinandersetzen müsse.

Die Ertüchtigung sei in vielen Bereichen erfolgt und deshalb werde jetzt die sofortige Errichtung der Kintonmischung erforderlich. Da die Versicherung bekundet hat, für die Wiederherstellung der Kintonmischung einzustehen, gehe es jetzt darum, dass die Stadt eine Zwischenfinanzierung von 120.000 Euro ermöglicht, um die Lüftung für die Kintonmischung im Kubus einzurichten. Diese Summe sei förderfähig und könne aus der Fluthilfe zurückerstattet werden.

Auch hätten die Mieter des MMZ in den Diskussionen um den Standort signalisiert, dass sie den alten Standort präferieren und es bestehe die große Gefahr, dass sie sich mit ihren Firmen zurückziehen werden, wenn keine schnelle Lösung für das MMZ gefunden wird.

Frau Dr. Wünscher machte weiterhin deutlich, dass man ebenso wie bei der Eissporthalle zu einer Entscheidung kommen müsse und diese nicht hinausgezögert werden kann.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Wünscher zu und wies darauf hin, dass es zwar ein Risiko sei, Geld für den betriebsbereiten Zustand der Kintonmischung als Kernstück des MMZ bereitzustellen. Jedoch müsse man abwägen zwischen dem Risiko Hochwasser und dem langfristigen Standort der Medien- und Kreativwirtschaft in der Stadt Halle.

Um den Standort zu erhalten, sei es jetzt dringend notwendig, Mittel für den Hochwasserschutz zum Bau einer Kaimauer zu beantragen.

Bezüglich des statischen Gutachtens merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass auch bei einer eventuellen Feststellung, dass das Gebäude nicht sicher sei, eine Chance für den Standort für Medienwirtschaft in der Stadt Halle gefunden werden müsse.

Er wies weiter darauf hin, dass auch bei der Eissporthalle erst eine Zwischenlösung finanziert werde und anschließend eine Endlösung dazu komme. Beim MMZ wäre eine Zwischenlösung möglicherweise Bestandteil der Endlösung.

Aus diesem Grund sei die Instandsetzung der Kinotonmischung dringend notwendig sowie auch die Schaffung von Voraussetzungen für den entsprechenden Hochwasserschutz.

Herr Dr. Meerheim bat darum, dass die Geschäftsführungen der Gesellschaftervertreter in den Aufsichtsräten dahingehend wirken, den heute zu fassenden Beschluss umzusetzen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zeigte sich überrascht über die Diskussion. Er habe im Ausschuss für Wirtschaftsförderung auf die Frage nach dem Standort für das MMZ durch einen Vertreter des Oberbürgermeisters die Antwort erhalten, dass der alte Standort auch der neue sein werde. Es sollte nur die Auslagerung der von der Flut betroffenen Flächen im Untergeschoss geprüft werden.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Häder** um eine Klarstellung seitens der Verwaltung, wie sich die Situation tatsächlich darstellt und ob die jetzt einzubauende Lüftungsanlage für die Kinotonmischung auch auf absehbare Zeit bleiben wird.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass sich nahezu der gesamte Stadtrat genötigt sehe, einen solchen Antrag zu stellen, um den Medienstandort Halle aufrecht zu erhalten. Die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat, bis hin zur Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt sind der Meinung, dass das MultimediaZentrum erhalten werden kann und muss, damit der Medienstandort Halle dauerhaft gesichert bleibt.

Der Antrag sei auch aus dem Grund dringend erforderlich, weil einzig aus der Stadtverwaltung heraus die Äußerungen kamen, den Standort des MMZ in Frage zu stellen.

Herr Dr. Fikentscher verwies darauf, dass die erste Formulierung nicht ganz in Ordnung sei, denn die Konzeption zum Wiederaufbau des MMZ könne nicht durch den Stadtrat beschlossen werden. Aus diesem Grund schlug er vor, den Punkt 1 zu streichen und zu ersetzen mit „*Der Stadtrat fordert den Wiederaufbau des MMZ.*“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf seinen Bericht zum Thema Hochwasserschutz am MMZ und machte deutlich, dass erst eine Wirtschaftlichkeitsanalyse vorliegen müsse bevor der Auftrag für ein Statikgutachten ausgelöst werden könne. Er machte den Vorschlag, den Antrag auf Fördermittel vorbereiten zu lassen und bei Vorliegen der Voraussetzungen diesen zu veranlassen.

Sollte das Statikgutachten negativ ausfallen und die Beschädigung des Hauses zu einem wirtschaftlichen Totalschaden geführt haben, müsse über andere Lösungen nachgedacht werden. Ebenfalls werde eine Ausschreibung nach VOL vorbereitet, wenn die Bestätigung vorliege, dass am alten Standort weiter gebaut werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte ebenfalls deutlich, dass es noch Klärungsbedarf dahingehend gebe, wie die Tonmischanlage zukünftig aussehen soll. Zum jetzigen Zeitpunkt seien noch nicht alle Auflagen der IB-Bank erfüllt und er bat darum, die nächsten zwei bis drei Wochen abzuwarten hinsichtlich der Fertigstellung des Schadens- und des Statikgutachtens.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte auf Nachfrage fest, dass Herr Dr. Fikentscher einen Änderungsantrag für den ersten Beschlusspunkt des Antrages mit der Streichung des Punktes und der Ergänzung „*Der Stadtrat fordert den Wiederaufbau des MMZ*“ gestellt habe.

Auf die Frage von Frau Dr. Wünscher antwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Verwaltung unverzüglich nach der Flut aufgefordert war, Schadensgutachten zu erstellen, um überhaupt einen Überblick zu bekommen. Erst danach habe sich herausgestellt, dass die Schadensgutachten nicht der Flutmittelrichtlinie entsprachen.

Mit dem Gutachten zur Eissporthalle habe man eine Form gefunden, die in Abstimmung mit der IB-Bank genau die Kriterien treffe. Daher musste das Gutachten für das MMZ dahingehend verbessert werden, um Rückzahlungsforderungen vom Land zu vermeiden.

Herr Felke, SPD-Fraktion, fragte nach, auf wessen Veranlassung hin nochmal ein Statikgutachten gemacht werde. In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, dass man jetzt bereits die Situation habe, dass über fünfzig Unternehmen wieder in das Gebäude eingezogen sind und bei statischen Problemen Gefahr in Verzug sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass das Gebäude bezugsfähig sei. Es gehe jetzt nur noch um die Frage, welche Schäden oder welche statischen Probleme durch die Hochwasserfluten aufgetreten sind. Er wolle in keinem Fall in ein Gebäude investieren, wenn es keine gesicherte Grundlage gäbe. Aus diesem Grund müsse ein belastbares Gutachten vorliegen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zeigte sich irritiert darüber, dass die Firmen in dem Gebäude schon arbeiten, ohne dass man wisse, ob das Haus in Ordnung sei. Er frage nach, was mit dem statischen Gutachten erreicht werden soll. Auch habe man den Standort nicht in Frage gestellt.

Laut Aussagen von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** gehöre die Standortfrage zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit. Entsprechend § 11 der Gemeindehaushaltsverordnung sind vergleichende Alternativen aufzuzeigen, wenn ein Antrag an die IB-Bank gestellt werde. Darin müssen mehrere Standorte und die Wirtschaftlichkeit dargestellt werden. Die gleiche Situation gäbe es auch bei den Anträgen für die Eissporthalle und für das Planetarium.

Frau Dr. Wünscher bat darum, die Aussage von Herrn Oberbürgermeister, dass in zweieinhalb Wochen der Auftrag für das MMZ ausgelöst werden kann, im Protokoll festzuhalten.

Bezüglich der Gutachten zum MMZ merkte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, an, dass man kurz nach der Flut und dem Vorliegen von Gutachten beschlossen hat, sofort 500.000 Euro für die Funktionsfähigkeit des Hauses bereit zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt hätte man schon prüfen müssen, ob das Gebäude noch nutzbar sei. Damit habe man unverantwortlich gehandelt und öffentliche Mittel in ein Gebäude investiert, das vielleicht keine Bestandsfähigkeit mehr hat.

Ebenfalls machte **Herr Kley** in diesem Zusammenhang auch auf die Fördermittelbindung aufmerksam und ihm kein Signal bekannt sei, dass die Fördermittelbindung für das Gebäude aufgehoben werde.

Für ihn stelle sich die Frage, weshalb ein neuer Standort gesucht werden soll und welche Gründe es dafür gäbe. Denn sowohl die Mieter als auch die Universität hätten sich für den bestehenden Standort ausgesprochen.

Aus diesem Grund bat **Herr Kley** um eine Beschlussfassung der Anträge durch den Stadtrat.

In Bezug auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, nicht den Wiederaufbau des MMZ zu beschließen, da dort schon wieder gearbeitet wird, sondern das Wort „Wiederaufbau“ durch „Wiederherstellung“ zu ersetzen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages zum TOP 8.14.1.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass die im Änderungsantrag aufgeführten Punkte bereits in der Diskussion mit behandelt worden sind und er zog aus diesem Grund den Antrag zurück.

**zu 8.14.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP, und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12567**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Dem geänderten Beschlussvorschlag wird folgender Absatz vorangestellt:

Stadtrat und Stadtverwaltung bekennen sich zur Medienwirtschaft als wichtiger Zukunftsbranche in unserer Stadt. Die Stadt Halle ist der Medienstandort des Landes Sachsen-Anhalt.

Die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre ist verbunden mit der Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze in der Kreativ- und Medienwirtschaft und einem stetigen Umsatzwachstum der hier tätigen Unternehmen. Wichtige Impulse dafür gingen und gehen von Universität und Kunsthochschule aus.

Stadtrat und Stadtverwaltung setzen sich für eine Fortsetzung dieses Prozesses ein. Das medienwirtschaftliche Gründerzentrum MMZ wird beim Wiederaufbau und der weiteren wirtschaftlichen Konsolidierung unterstützt.

Appelliert wird an Universität und Landesregierung, mit den hochschulstrukturellen Planungen eine Perspektive der Medienwissenschaften in Halle zu sichern.

**zu 8.14.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12571**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat fordert die vollständige Wiederherstellung des MMZ.**
- 2. Das Leistungsprofil Kinotonmischung ist unverzüglich wieder im betriebsbereiten Zustand unter Mitwirkung der Nutzer einzurichten.*
- 3. Die Stadtverwaltung sichert die Zwischenfinanzierung bis zur Ausreichung der Fluthilfemittel durch die Investbank Sachsen-Anhalt.*

zu 8.14 Antrag der Stadtratsfraktionen CDU, SPD, FDP und DIE LINKE zum Wiederaufbau des MMZ
Vorlage: V/2014/12377

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Der Stadtrat fordert die vollständige Wiederherstellung des MMZ.**
 - ~~1. Die Konzeption zum Wiederaufbau des MMZ.~~
 - 2. Das Leistungsprofil Kinotonmischung ist unverzüglich wieder im betriebsbereiten Zustand unter Mitwirkung der Nutzer einzurichten.**
 3. Die Stadtverwaltung sichert die Zwischenfinanzierung bis zur Ausreichung der Fluthilfemittel durch die Investbank Sachsen-Anhalt.

zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße
Vorlage: V/2014/12565

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, erinnerte an die Diskussion in der vorigen Wahlperiode zur Delitzscher Straße und den Bau der Eisenbahnbrücke über die Delitzscher Straße. Damals habe die Deutsche Bahn den Neubau der Brücke abgelehnt. Da sich in der Delitzscher Straße die Engstelle befindet, fragte er nach der Möglichkeit, auf die Bahn zuzugehen, um diese wichtige Verbindung zum Güterverteilzentrum in Verbindung mit der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung zu sanieren.

Nach Meinung von **Herrn Felke, SPD-Fraktion,** knüpfte dieser Antrag an das Thema nachhaltige Investitionen an. Es würden jetzt die Weichen für viele Jahrzehnte gestellt und die derzeit unbefriedigende Lösung müsse verändert werden. Die Bauausführungen sollten so erfolgen, dass für die Straßenbahn ein eigener Gleiskörper gebaut wird und dazu zwei getrennte Richtungsfahrbahnen sowie Fuß- und Radwege in normgerechter Herstellung.

Da die Bahn bis Ende nächsten Monats eine definitive Entscheidung seitens der Stadt wünsche, habe man das Problem, dass zügig entschieden werden muss, ohne eine hundertprozentige Sicherheit zu haben. Auch die Information, dass die notwendigen Verkehrsuntersuchungen zur Verkehrsbelegung auf der Merseburger Straße erst Ende des Jahres vorliegen werden, stelle ein zeitliches Problem dar.

Darüber hinaus ist seine Fraktion der Meinung, dass Fördermittel eingeworben werden können aus dem Entflechtungsgesetz, was die reine Baumaßnahme an der Brücke und auch was die Umsteigebeziehung an diesem Knoten angeht.

In diesem Zusammenhang informierte Herr Felke über ein Gespräch mit der Nahverkehrservicegesellschaft des Landes, wo das Schnittstellenprogramm verwaltet wird. Nach seiner Auffassung beständen dort Möglichkeiten, Fördermittel einzuwerben, um den Übergang von der Straßenbahn zur S-Bahn künftig besser zu realisieren.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtete von einem Treffen mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Herrn Kaczmarek, wo man sich dazu verabredet habe, darzustellen, welche Flächenpotentiale von der Bahn im Bereich bestehen und wie sie genutzt werden sollen.

Die Verwaltung habe gegenüber Herrn Kaczmarek geäußert, das Thema aufzugreifen und sich bis Mitte März mit einer Positionierung zu äußern, ob die Stadt von der bisherigen, auch aus Kostengründen begründeten Haltung abweichen und die Erweiterung vorschlagen wolle.

In Bezug auf den Antrag machte **Herr Beigeordneter Stäglin** den Vorschlag, ihn heute abschließend zu behandeln und dahingehend zu ändern, dass „...normgerechte Fuß- und Radwege unter der Brücke - *zur Verfügung stehen* - zu streichen und zu ersetzen durch „*möglich sind*“.

Wichtig bei der Planung durch die Bahn sei auch, statt der Vierspurigkeit über die Schnittstelle die Möglichkeit der Einordnung einer Bushaltestelle oder ähnliches zu prüfen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass das Thema schon einmal behandelt und von der Stadtverwaltung dargestellt wurde, dass im Falle eines Wunsches der Stadt zur Aufweitung der Brücke die Stadt bei den Mehrkosten finanziell herangezogen werde.

Er fragte nach den Folgen bei einer Beschlussfassung und ob es möglich wäre, dass die Stadt für die Mehrkosten aufkommen müsste. Ebenso müsse die Notwendigkeit geklärt werden, ob eine Vierspurigkeit an dieser Stelle erforderlich sei.

Herr Sieber, fraktionslos, bestätigte die Ausführungen von Herrn Feigl. Von der Verwaltung wurde vor kurzem noch abgeraten, an der Stelle der Merseburger Straße eine Erweiterung vorzunehmen, da mit enormen Kosten für die Stadt zu rechnen wäre. Ebenso vermisse er eine Stellungnahme der Stadt zu finanziellen Auswirkungen.

Mit den vorliegenden Informationen halte er den Antrag nicht für beschlussfähig.

Herr Kley, FDP-Fraktion, zeigte sich erstaunt über den Antrag. Im Planungsausschuss und auch schon im Stadtrat habe man über das Thema Stadtbahn und den zukünftigen Umbau der Merseburger Straße diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt habe er im Planungsausschuss den Antrag gestellt, die Merseburger Straße in gesamter Länge vierspurig zu führen bzw. die Vierspurigkeit aufrecht zu erhalten. Dem Antrag wurde damals nicht gefolgt und er gehe davon aus, dass auch die SPD-Fraktion wünscht, dass die Merseburger Straße in einigen Abschnitten zweispurig wird.

Wenn jetzt mit großem Aufwand an der aufgeführten Stelle die Vierspurigkeit erhalten bleibe, stelle sich die Frage, weshalb dann 50 m weiter eine Bushaltestelle eingebaut und damit eine Zweispurigkeit erzwungen werden soll. Seiner Meinung nach würden 1,5 Mio. Euro investiert, damit unter der Brücke eine Bushaltestelle gebaut werde.

Herr Kley verwies noch einmal auf die Aussagen im Planungsausschuss, dass über die Europaallee, welche von der Industriestraße abgeht, eine Entlastung zu erwarten ist und dieser Abschnitt zweispurig ausgeführt wird. Dazu habe es im Planungsausschuss keinen Widerspruch gegeben.

Er bat um eine klare Aussage, ob auf der ganzen Länge der Merseburger Straße die Vierspurigkeit erhalten bleiben soll oder nur an der Brücke vierspurig geplant ist und der Rest zweispurig.

Die gleichen Bedenken äußerte auch **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**. Die ganze Maßnahme mache nur Sinn, wenn die gesamte Merseburger Straße vierspurig ausgeführt wird. Ebenfalls sei vorher die Kostenfrage zu klären.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, erinnerte an seine Fragestellung im Januar zu den Kosten für die Erweiterung der Brücke. Damals habe die Verwaltung keine Aussage treffen können. Auch habe er bis heute, trotz Zusage einer schriftlichen Beantwortung, keine Auskunft dazu erhalten, ob es eine Zwei- oder Vierspurigkeit geben soll. Die Ermittlung der Kosten für die Erweiterung der Brücke hätte schon längst erfolgen können. Seiner Meinung nach werde damit bewusst verzögert und als Vorzugsvariante die Zweispurigkeit zugesagt.

Mit ein bisschen Kreativität sei es möglich, die Mehrkosten in das Stadtbahnprogramm einzubringen und wenn der Straßenbahnverkehr beschleunigt wird, könne eine Förderfähigkeit gegeben sein.

Desweiteren führte **Herr Scholtyssek** aus, dass durch die FDP-Fraktion im September 2013 der Antrag auf Vierspurigkeit für die Merseburger Straße gestellt und dieser abgelehnt wurde. Da laut der Gemeindeordnung der abgelehnte Gegenstand sechs Monate lang nicht behandelt werden könne, kündigte er an, im März 2014 wieder einen Antrag zu diesem Thema zu stellen. Aus seiner Sicht müsse die Vierspurigkeit in der Merseburger Straße erhalten bleiben.

Herr Felke machte noch einmal deutlich, dass die Stadtverwaltung seit 2011 über das Bauvorhaben Bescheid weiß und dass immer in die Richtung argumentiert wurde, dort nichts verändern zu wollen. Jetzt habe man die zeitliche Abfolge einer schnellen Entscheidung, was seine Fraktion dazu bewogen habe, den Antrag vorzubringen. Bis Ende März müsse entschieden sein, da sonst die Deutsche Bahn Fakten schaffen wird, die über Jahrzehnte für die Stadt zementiert sind.

Zur finanziellen Belastung merkte **Herr Felke** an, dass er auf seine Nachfrage im Januar im Planungsausschuss die Antwort erhalten habe, „... Nach überschlägigen Berechnungen müsste die Stadt Eigenmittel in Höhe von ca. 500.000 Euro einsetzen.“

Nach Ansicht seiner Fraktion sei es gerechtfertigt, dass die Stadt diese Mittel aufwendet.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Planungsausschuss und beantragte, die Vorlage schon in den nächsten Planungsausschuss am 10.03.2014 aufzunehmen.

Herr Krause stimmte im Namen seiner Fraktion der Verweisung zu, wenn der Antrag im Planungsausschuss abschließend beraten werde und in der Sitzung des Stadtrates am 26.03.2014 beschlussreif sei.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Die neu zu bauende Eisenbahnüberführung über die Merseburger Straße im Zuge der Strecke 6343 Halle – Hann. Münden wird so ausgeführt, dass die Straßenbahngleise einen eigenen Bahnkörper erhalten und je zwei Richtungsfahrbahnen sowie normgerechte Fuß- und Radwege unter der Brücke **möglich sind zur Verfügung stehen** .*
- 2. Die Baumaßnahme ist so auszuführen, dass der Übergang im Rahmen des öffentlichen Verkehrs zwischen Straßenbahn und S-Bahn in alle Richtungen verbessert wird.*
- 3. Die Stadtverwaltung beantragt Fördermittel aus dem Entflechtungsgesetz zur Senkung des Kostenanteils der Stadt nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Für den Umbau des Verknüpfungspunktes Straßenbahn / S-Bahn sollen durch die Stadt Mittel des Schnittstellenprogramms des Landes eingeworben werden.*

Anmerkung:

Die Stadträte haben sich darauf verständigt, dass die Behandlung des Antrages in der März-Sitzung des Ausschusses erfolgen soll.

**zu 8.16 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und FDP-Stadtratsfraktion zum Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Vorlage: V/2014/12569**

Frau Dr. Brock, Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, machte noch einmal deutlich, dass es Ende März schon Entscheidungen an der Uni zum Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften geben soll. Sie verwies darauf, dass die bisherige Orientierung, gegebenenfalls dort nicht mehr neu zu immatrikulieren, keine sachlichen Gründe habe, sondern darauf beruhen, dass es damit zu tun habe, dass Professoren in Pension gehen. Von der fachlichen Seite, von den Projekten und vom Engagement gäbe es keine fachlichen Gründe, an dieser Stelle keine neuen Studierenden aufzunehmen.

Mit diesem Antrag soll eine Stellungnahme in die Universität und ins Land gegeben werden. Denn sowohl das Land als auch die Stadt habe in der Vergangenheit deutlich gemacht, den Medienstandort Halle mit dem Aushängeschild MMZ haben zu wollen. Aus diesem Grund sei nicht nachzuvollziehen, weshalb der dazugehörige Studiengang nicht wieder besetzt werden soll.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag eigentlich abgelehnt werden müsste, da er eine Einmischung in innere Strukturen der Universität darstelle. Jedoch werde auf Grund der Gesamtsituation seine Fraktion dem Antrag zustimmen, weil sie den Medienstandort Halle für außerordentlich wichtig halten.

Wenn es dazu käme, dass Studenten in diesen Bereich nicht mehr immatrikuliert und freiwerdende Lehrstellen an der Universität nicht mehr besetzt werden, dann würden sich auch die letzten Studenten zurückziehen. Damit wäre auch das MMZ in Frage gestellt, da der Grundgedanke des MMZ nicht nur den inhaltlichen, sondern auch den räumlichen Zusammenhang zwischen MMZ und Universität vorsehe.

Aus Sorge um den Medienstandort sei in diesem Fall eine Einmischung in die inneren Strukturen der Universität die richtige Entscheidung.

Bezüglich der Ausführungen von Herrn Dr. Fikentscher machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass die Stadt zu keinem Zeitpunkt die Medienwissenschaften und den Studiengang in Frage gestellt habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, informierte darüber, dass sich seine Fraktion aus den gleichen Gründen wie Herr Dr. Fikentscher für den Antrag entscheiden habe. Es gehe darum, den Medienstandort Halle weiter zu profilieren und dazu gehören auch die Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Universität.

Desweiteren wies er darauf hin, dass es nicht unbedingt nur der Wille der Universität sei, an der Stelle zu kürzen. Ursache für die Entscheidung der Universität seien die Kürzungen seitens des Landes. Es mache großen Sinn, jetzt diesen Appell an die Universität zu richten, da noch keine einhellige Meinung im Senat vorherrsche.

Es müsse das Signal ausgesendet werden, dass der Stadt am Medienstandort und dem Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Universität gelegen ist, damit im Senat keine Entscheidung getroffen wird, die Immatrikulation auszusetzen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) sieht in den Medien- und Kommunikationswissenschaften einen wichtigen Bestandteil bei der Entwicklung der Stadt Halle zu einem überregional bedeutsamen Standort für die Medien- und Kreativwirtschaft.
2. Der Stadtrat spricht sich deshalb für den Erhalt der Studienangebote und der Forschung in den Medien- und Kommunikationswissenschaften aus. Die Universitätsleitung und die Landesregierung werden aufgefordert, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit der Leistungsumfang und das Studienplatzangebot erhalten bleiben kann und weiterhin Neuimmatrikulationen möglich sind.
3. Gleichzeitig fordert der Stadtrat den Oberbürgermeister auf, das Interesse der Stadt an dem Erhalt des Studienangebots und der Forschung der Medien- und Kommunikationswissenschaften im Hinblick auf die Weiterentwicklung der halleschen Medienbranche in Gesprächen mit dem Land und Universität zu verdeutlichen.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Nutzungsmöglichkeiten des Holzplatzes
Vorlage: V/2014/12482**

Da die Antwort der Verwaltung erst während der aktuellen Stadtratssitzung verteilt wurde, verwies **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, auf die Geschäftsordnung, in welcher klar geregelt sei, dass am Freitag vor der Ratssitzung sämtliche Unterlagen zuzustellen sind.

Bezüglich der Anfrage merkte er an, dass es auf Grund der Kurzfristigkeit der Stellungnahme durch die Verwaltung zeige, dass kein klares Konzept zu diesem Thema vorliege und seiner Auffassung nach eine Prüfung in der Verwaltung noch nicht erfolgte. Er bat Herrn Oberbürgermeister darum, zukünftig eine Abstimmung innerhalb der Verwaltung vorzunehmen, bevor damit in die Öffentlichkeit gegangen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass er auf Grund seiner Funktion jederzeit Ideen entwickeln und diese auch in der Öffentlichkeit vortragen könne.

**zu 9.2 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Konzeption der wirtschaftlichen Ansiedlungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12497**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum KulturTREFF
Vorlage: V/2014/12496**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschaffung von geeigneter Tontechnik für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: V/2014/12495**

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, dass ihre Fraktion konkrete Fragen gestellt habe und sie mit der Antwort durch die Verwaltung nicht einverstanden sind. Sie bat um eine erneute Beantwortung dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass jeder Ausschuss individuell nach den Erfordernissen, entsprechend der jeweiligen Personen, ausgestattet werde und generelle allgemeine Ausstattungen nicht zweckmäßig seien.

**zu 9.5 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur barrierefreien Gestaltung der Markttreppe
Vorlage: V/2014/12484**

Bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung merkte **Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE**, an, dass die benannten Kosten in Höhe von 15.000 Euro sehr hoch erscheinen.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass die grobe Kostenschätzung eine solche Summe ergeben habe.

**zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Dr. Erwin Bartsch (Fraktion DIE LINKE) zum
Spielplatz "Drachennest"
Vorlage: V/2014/12483**

Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung mit dem Hinweis auf die momentane Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen und fragte nach, welche Maßnahmen damit gemeint sind und welche Zeitschiene gesetzt ist.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, führte dazu aus, dass es insbesondere um das große barrierefreie Spielgerät gehe, zu welchem durch eine Ausschreibung eine Reparatur in Auftrag gegeben werden musste. Er werde den groben Zeitplan darstellen lassen und diesen ergänzend zur Kenntnis geben.

**zu 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Serviceverträgen Hochwasser
Vorlage: V/2014/12487**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Initiativen für Gemeinschaftsschulen
in Halle
Vorlage: V/2014/12489**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Schulabbrecherquoten in Halle und
zur Schulsozialarbeit
Vorlage: V/2014/12490**

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, bat um eine Konkretisierung einer Übersicht zu Vergleichen von Schulabbrecherquoten in Schulen mit und ohne Schulsozialarbeit.

**zu 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Höhe der Angemessen-
heitsgrenzen für die Unterkunftskosten nach SGB II und XII
Vorlage: V/2014/12499**

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die Antwort der Stadtverwaltung, wies aber auch darauf hin, dass seine Fraktion noch weitere Fragen zu diesem Thema stellen werde.

**zu 9.11 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Schulspeisung
Vorlage: V/2014/12479**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zu Gesamtschul-
konferenzen der kommunalen Schulen
Vorlage: V/2014/12509**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.13 Anfrage der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Organisation
des Internationalen Kinderchorfestivals 2014
Vorlage: V/2014/12491**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum
aktuellen Stand des Verkehrsentwicklungsplan 2025
Vorlage: V/2014/12516**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.15 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu zwei
Schulhöfen
Vorlage: V/2014/12515**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die Stadtratssitzung im März vertagt.

**zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Umgang mit
Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: V/2014/12500**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.17 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu privaten Baumpflanzungen im öffentlichen Raum**
Vorlage: V/2014/12501

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.18 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Industriegebiet Star Park Halle A 14**
Vorlage: V/2014/12502

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.19 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand des Vorhabens Abfall-Verwertungsanlage durch Pyrolyse**
Vorlage: V/2014/12505

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.20 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsorganisation im Kreuzungsbereich Große Ulrichstraße/Geiststraße/Universitätsring/Moritzburgering**
Vorlage: V/2014/12508

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass die Antwort der Verwaltung nicht befriedigend sei und das Thema noch einmal im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten aufgerufen werden soll.

zu 9.21 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Beschlüsse zur Kleingartenkonzeption**
Vorlage: V/2014/12510

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.22 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand der Erarbeitung eines Wassertourismuskonzepts**
Vorlage: V/2014/12512

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Folgen des HAVAG-Fahrplanwechsels 2013
Vorlage: V/2014/12513

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Flächenverkäufen im Gebiet des Bebauungsplans 140.2
Vorlage: V/2014/12518

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 9.25 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagentgemeinschaften
Vorlage: V/2013/12364

Herr Felke, SPD-Fraktion, stellte im Namen seiner Fraktion fest, dass er die Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung als ungenügend einschätzt. Man werde sich weitere Fragestellungen zu diesem Thema vorbehalten,

zu 9.26 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/12367

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte jedoch deutlich, dass es zum vorliegenden Thema weitere Nachfragen durch die SPD-Fraktion geben wird.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Haushaltsaufstellung 2015/ 2016 - Zeitplan
Vorlage: V/2014/12481

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, zur Brücke am Rosengarten

Herr Beigeordneter Stäglich teilte mit, dass dieses Thema im März im Planungsausschuss diskutiert werden soll. In diesem Zusammenhang bat er um die Zusendung der noch offenen Fragen, um eine eventuelle Rückkopplung mit der Deutschen Bahn möglich zu machen und die entsprechenden Antworten im Ausschuss vorlegen zu können.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass vier mündliche Anfragen in schriftlicher Form vorlägen:

1. Herr Sieber, fraktionslos, zu Grundbucheintragungen
2. Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Ansprechpartnern für Städtepartnerschaften
3. Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Schulabbrecherquoten
4. Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Initiative „LeonidasNet“
5. Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur papierlosen Ratsarbeit

zu 11.1 Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zu Grundbucheintragungen

Herr Sieber fragte, weshalb ein Bürger, der in der Einwohnerfragestunde am 10.07.2013 zu Grundbucheintragungen im Bebauungsplan 162 Heideweg nachfragte, trotz Zusicherung noch keine Antwort von Herrn Beigeordneten Stäglich, erhalten habe.

Herr Beigeordneter Stäglich, teilte mit, dass jetzt bereits eine Beantwortung an den Bürger erfolgte und es laut Aktenlage eine fachliche Zuarbeit dazu schon im August 2013 gab.

zu 11.2 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Ansprechpartnern für Städtepartnerschaften

Bezüglich der Anfrage zu Städtepartnerschaften informierte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, darüber, dass sich die Deutsch-Französische Gesellschaft an das Büro des Oberbürgermeisters gewandt hat und in dieser Woche eine Antwort durch die Verwaltung erfolgen wird.

Zu möglichen Förderanträgen teilte er mit, dass Mittel für Städtepartnerschaften eine neue freiwillige Leistung der Stadt darstellen. Nach Vorlage des Konzeptes und im Rahmen der Haushaltsberatung 2015 könne über die Bereitstellung solcher Mittel diskutiert werden. Dann wären gegebenenfalls Anträge möglich.

zu 11.3 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Schulabbrecherquoten

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte die geforderte Übersicht zur Schulabbrecherquote an Schulen mit bzw. ohne Schulsozialarbeiter zeitnah zu.

In Bezug auf die Schulabbrecherquote wurde in der Auflistung dargestellt, dass es in jedem Bundesland die Auffälligkeit gäbe, dass eine Stadt eine niedrige und eine andere Stadt eine höhere Schulabbrecherquote habe. In der Aufstellung werde auch deutlich, dass Halle eine höhere Schulabbrecherquote habe als für Magdeburg, was weniger an der Landespolitik direkt liege, als vermutlich an der Situation an den Schulen direkt vor Ort.

Die Verwaltung werde versuchen, die noch offenen Fragen in gemeinsamen Gesprächen mit der Landesverwaltung zu beantworten.

zu 11.4 Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Initiative "LeonidasNET"

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine nochmalige Information der Schulleiter zur Initiative „LeonidasNET“ zu, mit dem Hinweis auf die Problematik einer eventuellen Zeugnisverbrennung. Ob eine Anmeldung der Aktion erfolgt ist, müsse innerhalb der Verwaltung noch geprüft werden.

zu 11.5 Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu papierloser Ratsarbeit

Herr Bürgermeister Geier führte dazu aus, dass die Einführung der papierlosen Ratsarbeit zu Beginn der Wahlperiode 2014 bis 2019 sichergestellt sei. Die Verwaltung setze entsprechend der Beschlusslage die Anforderungen um.

Einen Zeitverzug habe es aus dem Grund gegeben, weil eine Prüfung der möglichen Nutzung jeweils eigener Geräte der Stadträte erforderlich war.

zu 11.6 Anfrage Herr Felke, SPD-Fraktion, zu Gutachten Hochwasserschutz

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zu diesem Punkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Felke

Ich habe zwei Anfragen.

Die erste bezieht sich auf das Gutachten zur Verifizierung und Plausibilisierung der Hochwasserschäden vom Juni 2013.

Und zwar haben wir am 11. Februar hier im Haus Planungsausschusssitzung gehabt, wo ein entsprechender Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung stand und wir uns mit dem Thema Eissporthalle befassen wollten, das Gutachten nicht vorlag.

Am Abend konnte ich dann aber zur Kenntnis nehmen, dass jetzt zu dieser Zeit, wo wir hier im Ausschuss zusammen gesessen haben, auf den Internetseiten der Stadt das Gutachten in voller Breite eingestellt worden ist.

Ich möchte Sie deshalb fragen Herr Oberbürgermeister, ob das mit dem Verfasser des Gutachtens vertraglich vereinbart wurde, dass das Gutachten in der Weise präsentiert werden soll? Und ob es künftig auf alle Gutachten hin ausgedehnt werden soll, dass sie dann künftig alle im Internet, auf den Seiten der Stadt, präsentiert werden sollen?

Also nochmal zur Illustration, das komplette Gutachten mit seinen, ich glaube 56 Seiten, ist eingestellt worden. Der eine oder andere hat vielleicht auch schon entdeckt, dass es auch weitere Gutachten mit vollem Wortlaut mittlerweile auf den Seiten der Stadt gibt, die dort präsentiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Zu der Fragestellung des Gutachtens folgendes: Der Gutachter hat selbstverständlich zugestimmt, dass das Gutachten dann auch zu veröffentlichen, oder veröffentlicht werden kann. Das ist mit dem Gutachter geklärt. Und von daher werden wir natürlich regelmäßig wichtige Gutachten, die besonders in der Flutmittelantragstellung oder aber auch in Streitpositionen bzw. Informationspositionen sind, auf der Internetseite veröffentlichen.

Herr Felke

Darf ich nochmal nachfragen. Ist das vertraglich festgehalten mit dem Ersteller des Gutachtens, dass er eingewilligt hat, dass das so veröffentlicht werden soll im Netz, in der Form? Schriftlich vereinbart?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Telefonisch vereinbart.

Herr Felke

Danke.

Ende des Wortprotokolls.

zu 11.7 Anfrage Herr Felke, SPD-Fraktion, zum Parkverbot im Bereich der Dessauer Straße

Herr Felke berichtete, dass im Bereich Dessauer Straße, vor der dortigen Sparkassenpassage nach seinem Eindruck das Parkverbot nicht eingehalten und relativ selten die Einhaltung des Parkverbotes durch das Ordnungsamt durchgesetzt wird.

Darüber hinaus werde insbesondere der Einmündungsbereich von der Klopstockstraße zur Dessauer Straße zugeparkt, obwohl das Parkverbot entsprechend deutlich ausgeschildert sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte die Aufnahme der Hinweise und eine entsprechende Veranlassung zu.

zu 11.8 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Sanierung Turnhalle Heideschule

Herr Krause erinnerte an seine Anfrage aus der letzten Stadtratssitzung zum städtischen Anteil bei der Sanierung der Turnhalle Heideschule, da bis heute noch keine Antwort der Verwaltung vorliege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte dazu mit, dass die Deckung der 47.000 Euro mit 40.000 Euro aus den veranschlagten Planungsleistungen für die Grundschule Glaucha erfolgte sowie aus Mitteln der Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule in Höhe von 7.000 Euro. Auf Grund der Maßnahmenverschiebung wurden die ursprünglich hierfür eingestellten Mittel 2013 nicht kassenwirksam und konnten dafür verwendet werden.

zu 11.9 Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Fragenkatalog

Herr Krause fragte an, wann sein Fragenkatalog von Anfang Februar zeitnah vom Büro des Oberbürgermeisters beantwortet wird. Er wies darauf hin, dass laut der Geschäftsordnung mündliche Anfragen auch im Ausschuss möglich und bis zur nächsten Stadtratssitzung zu beantworten sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine unverzügliche Bearbeitung und umgehende Beantwortung zu.

zu 11.10 Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur ehemaligen Cantorschule

Herr Lange fragte an, was die Verwaltung mit dem Gelände zwischen der Begonienstraße und der Muldestraße (ehemaliger Schulstandort der Cantorschule) plane und welche Pflegemaßnahmen dort vorgenommen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.11 Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Turnhalle Grundschule Zollrain

Herr Lange informierte darüber, dass in der Turnhalle der Grundschule Zollrain die Toiletten und Duschen für die Herren gesperrt seien und fragte, wann diese wieder instand gesetzt werden.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.12 **Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, zur Beleuchtung Turnhalle Grundschule Zollrain**

Herr Lange fragte an, wann die beschädigte Beleuchtung der Turnhalle der Grundschule Zollrain repariert werde.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.13 **Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Gebäudenutzung**

Herr Scholtyssek berichtete über eine Mitteilung in der Presse, dass die freien Flächen des ehemaligen Kaufhauses Wörl in Büroräume umgenutzt werden sollen. In diesem Zusammenhang fragte er an, ob die Nutzungsänderung durch die Stadtverwaltung genehmigt wird.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte dazu mit, dass die Verwaltung mehrfach beim Eigentümer nachgefragt und von dort versichert wurde, dass ein Großmieter zur Verfügung steht, der die Flächen für den Einzelhandel nutzen möchte. Ihm sei kein Umnutzungsantrag für Büroflächen bekannt.

Es stehe fest, dass eine große Einzelhandelskette, welche über ein breites Filialsystem mit unterschiedlichen Anbietern verfügen, feste Mietverträge über Jahre geschlossen hat. Da der Mieter ein Einzelhändler ist, gehe er davon aus, dass in diesem Gebäude auch weiterhin Einzelhandel stattfinden werde.

zu 11.14 **Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Pflege von Hochwasser- marken**

In Bezug auf die Anfrage eines Bürgers im Internet zur Pflege von Hochwassermarken an der Giebichensteinbrücke und an der Neumühle verlas **Herr Scholtyssek** die Antwort der Verwaltung dazu: „Es ist nicht vorgesehen, aktuell an den Bauwerken neue Hochwassermarken anzubringen. Bitte beachten Sie, dass die Pflege vorhandener und das Anbringen neuer Hochwassermarken keine Pflichtaufgabe dargestellt.“

In diesem Zusammenhang machte **Herr Scholtyssek** auf einen Ratsbeschluss aufmerksam, in welchem die Stadtverwaltung zur Erstellung eines Konzeptes zur Pflege der Hochwassermarken aufgefordert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand entschuldigte sich für die Antwort der Verwaltung und sagte eine Überarbeitung zu.

zu 11.15 Anfrage Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Brachfläche Nahversorgungsmarkt Dörlau

Herr Menn informierte darüber, dass in Dörlau eine Brachfläche morgens von vielen Schulkindern als Abkürzung zur Schule benutzt werde. Da seit einiger Zeit auch viele Autofahrer diese Brachfläche durchqueren fragte er, ob diese Fläche eine öffentliche Straße sei und ob der Durchgangsverkehr an dieser Stelle gestoppt werden könnte.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass es sich um keine öffentliche Straße handelt, die Verwaltung sich aber mit dem Grundstückseigentümer wegen der Sicherung des Grundstückes in Verbindung setzen wird.

zu 11.16 Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Planetarium

Herr Feigl erinnerte an seine Anfrage zum Planetarium bezüglich einer Nutzungsanfrage der Kinderstadt Halle e. V. In der Antwort der Verwaltung wurde auf die Erstellung eines Gutachtens bis Mitte Februar 2014 verwiesen und **Herr Feigl** fragte, ob das Gutachten jetzt vorliege und eingesehen werden könne.

Desweiteren fragte er nach, ob die Stadtverwaltung auf die Nutzungsanfragen eingegangen sei.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, machte darauf aufmerksam, dass das Gutachten erst im Entwurf vorliege.

zu 11.17 Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Entwicklung Paulusviertel

Herr Wehrich berichtete von einer Diskussionsveranstaltung zur Entwicklung des Paulusviertels, in welcher die Frage des Anwohnerparkens und die Entwicklung des Gebäudes des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes sowie des Gravo-Druck zur Diskussion stand. Er fragte nach, in welchem Zeitraum detaillierte Aussagen zu diesen Punkten durch die Verwaltung getroffen werden können.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass die Fragen in der Verwaltung bearbeitet werden und im entsprechenden Fachausschuss schon einmal Informationen zum Thema Anwohnerparken sowie Reinigungstakte der HWS (Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH) gegeben werden können.

zu 11.18 Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Stadtbad

Herr Wehrich fragte nach dem aktuellen Sachstand des Interessenbekundungsverfahrens zum Stadtbad.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass sich das Interessenbekundungsverfahren in der Vorbereitung befinde. Die Problematik bestehe darin, dass unterschiedliche und unzureichende Unterlagen vorliegen, um eine entsprechende Bekundungsanfrage durchzuführen. Mitte März 2014 soll die Ausschreibung für das Interessenbekundungsverfahren vorliegen und wird durch die Stadtbad GmbH veranlasst.

zu 11.19 Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zum Straßenzustand Heideallee

Herr Sieber bezog sich auf seine Anfrage im Planungsausschuss zum Zustand von Fußwegen in der Heideallee, welche sich nach Reparaturarbeiten in einem schlechten Zustand befinden. Er erwarte noch eine Antwort der Verwaltung dazu.

zu 11.20 Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zur Nutzung von Power Point Präsentationen im Stadtrat

Herr Sieber fragte, ob zukünftig auch die Stadträte Powerpoint-Präsentationen zur Unterstützung von Anträgen nutzen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies, wenn die Redezeit eingehalten werde.

zu 11.21 Anfrage Herr Sieber, fraktionslos, zu Baumaßnahmen in Heide-Süd

Bezüglich der künftigen Bebauung durch eine Wohnungsgenossenschaft in Heide-Süd und Einwänden von Anwohnern zur Geschosshöhe, fragte **Herr Sieber** an, ob die Stadtverwaltung im nächsten Planungsausschuss Information dazu geben könnte.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte kurz mit, dass es ein Projekt der Wohnungsgenossenschaft Frohe Zukunft in diesem Gebiet gäbe, welches mit Dreigeschossigkeit dargestellt wird. Da das Garagengeschoss sowie das Staffelgeschoss nicht als Vollgeschoss zählen, werde der Bebauungsplan auch eingehalten.

Es liege noch Abstimmungsbedarf zur Überarbeitung der Fassadengestaltung vor und weiterer Gesprächsbedarf wird seitens der Wohnungsgenossenschaft signalisiert.

zu 11.22 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Verfahrensstand Künstlerhaus 188

Herr Wolter fragte an, ob die Genehmigung zum Abriss des Künstlerhauses 188 erteilt wurde und wie der Zeitplan bis zum endgültigen Abriss aussieht.

Dazu informierte **Herr Stäglin Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass die HAVAG mitgeteilt habe, dass sich der Antrag noch im Landesverwaltungsamt in Bearbeitung befinde und dementsprechend das Landesverwaltungsamt festlegt, ob es noch Nachforderungen geben wird.

Herr Wolter regte an, zu gegebener Zeit Informationen über die Vermarktung der Fläche und die weiteren Verfahrensschritte durch die Verwaltung darzulegen.

zu 11.23 Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Baumaßnahmen in der Kleiner Ulrichstraße

Herr Wolter berichtete über die erfolgten Reparaturmaßnahmen des Pflasters in der Kleinen Ulrichstraße und fragte an, ob der jetzige Zustand die endgültige Qualitätssituation darstelle.

Herr Stäglin Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärte, dass nicht beabsichtigt sei, die Reparatur des Pflasters in der Kleinen Ulrichstraße durch die Ausfüllung mit Bitumen als Endlösung darzustellen. Er werde dies noch einmal in der Dienstberatung seines Geschäftsbereiches thematisieren.

zu 12 Anregungen

**zu 12.1 Anregung des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Weihnachtsmarktkonzeption
Vorlage: V/2014/12517**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.2 Anregung Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Fahrradpiktogrammen

Frau Dr. Brock informierte darüber, dass im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vereinbart wurde, die Anregung zu Fahrradpiktogrammen auf der Großen Ulrichstraße zur Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer in den Stadtrat zu geben.

Da in der neuen Stellungnahme der Verwaltung die Anregung nicht aufgenommen wurde, machte sie darauf aufmerksam, dass sie ein rechtmäßiges Verfahren suchen wird, um zu einer Lösung dieses Problems zu kommen.

zu 12.3 Anregung Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Geschäftsordnung

Herr Krause zitierte aus der Geschäftsordnung, § 1, Punkt 2: „Tischvorlagen sind grundsätzlich unzulässig. Mitteilungen der Stadtverwaltung sind in der Regel als schriftliche Informationsvorlage vorzulegen.“

Er regte an, zukünftig auf die Einhaltung der Geschäftsordnung zu achten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem zu.

zu 12.4 Anregung Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Weihnachtsmarktkonzeption

Frau Wolff bat um eine Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage von Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Weihnachtsmarktkonzeption.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 52. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin